

Im Schatten der Krise

*Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise
in Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn*



Irene Knoke, Dr. Pedro Morazán, Antje Schneeweiß

Impressum

Siegburg, März 2011

Herausgeber: SÜDWIND e.V.
Autorinnen und Autoren:
Antje Schneeweiß ,
Irene Knoke (Tansania),
Dr. Pedro Morazán (Paraguay)
Mitarbeit/ Experteninterviews:
Michael Angulile (Tansania),
Dr. Antje Bethge (Tansania),
Regine Buschmann (Tansania),
János Molnár (Ungarn),
David Widihandojo (Indonesien),
Dr. Jonás Zsugyel (Ungarn)
Redaktion:
Michaela Roelfes, Vera Schumacher
Endkorrektur: Peter Müller,
Ursula Münden, Vera Schumacher
ViSdP: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:
Frank Zander, Berlin
Druck und Verarbeitung:
Druckerei und Verlag Brandt GmbH,
Bonn
Titelfoto: Empire State Building,
Foto: Flickr.com/Alphaundomikron

Adresse:
SÜDWIND e.V. –
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Tel.: +49 (0)2241-5 36 17
Fax: +49 (0)2241-5 13 08
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Website: www.suedwind-institut.de
Bankverbindung:
KD-Bank
Konto-Nr.: 99 88 77
BLZ: 350 601 90



ISBN: 978-3-929704-55-6

Für die finanzielle Unterstützung des vorliegenden Bandes danken wir der Evangelischen Kirche von Westfalen. Diese Publikation wurde vom Evan-gelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einführung	5
1.1 Aufbau und Intention der Studie	5
1.2 Wie gelangte die Finanzkrise von der Wall Street nach Malawi?	5
1.2.1 Die vier Ansteckungswege	6
1.3 Die Krise als Chance für Entwicklungsländer?	8
1.4 Die Länderbeispiele	9
2. Indonesien	10
2.1 Geschichtlicher Überblick	10
2.1.1 Die Wirtschaftskrise 1997/98	10
2.2 Die Wirtschaftskrise 2008/09	11
2.2.1 Ansteckung über die Finanzmärkte	11
2.2.2 Der Welthandel	12
2.2.3 Rücküberweisungen	13
2.2.4 Entwicklungshilfe	14
2.2.5 Langfristige Folgen der Finanzkrise	14
2.3 Gegensteuern des Staates	14
2.4 Fazit und Forderungen	15
3. Paraguay	16
3.1 Paraguay in der Globalisierung	16
3.1.1 Die Wirtschaft Paraguays	16
3.1.2 Der Export von Soja und Fleisch, Hauptsäulen der Wirtschaft	17
3.1.3 Soziale Ungleichheit und soziale Spannungen	18
3.2 Ansteckung an die Finanzkrise 2008/09	19
3.2.1 Direkte Ansteckung über das Bankensystem	19
3.2.2 Kredite wurden teuer	19
3.2.3 Die Ansteckung über die Weltwirtschaft – Rückgang der Exporteinnahmen	19
3.2.4 Öffentliche Finanzen bleiben gesund	20
3.2.5 Rücküberweisungen gingen nur leicht zurück	20
3.2.6 Entwicklungshilfe	20
3.3 Sozialpolitik der Regierung	21
3.4 Fazit	21

4. Tansania	22
4.1 Einleitung	22
4.2 Die Wirtschaftskrise 2008/09	23
4.2.1 Entwicklungen vor der Krise	23
4.2.2 Ansteckungsweg: Welthandel und Tourismus	25
4.2.3 Direkte Ansteckung über die Kapitalmärkte	27
4.2.4 Entwicklungsfinanzierung	28
4.2.5 Rücküberweisungen	28
4.3 Reaktionen der Regierung auf die Krise	28
4.4 Der Rohstoffsektor: Motor für Entwicklung?	29
4.5 Fazit	30
5. Ungarn	31
5.1 Geschichtlicher Überblick	31
5.1.1 Die Zeit der Transformation	31
5.2 Die Finanzkrise 2008/09	33
5.2.1 Ansteckung über die Finanzmärkte 2008/2009	33
5.2.2 Ansteckung über den Welthandel	34
5.2.3 Konkrete Folgen	35
5.3 Staatliche Maßnahmen	35
5.4 Forderungen	36
6. Die Lehren aus der Krise	37
6.1 Schlimme Befürchtungen und eine Vielfalt von Auswirkungen	37
6.2 Einige Gemeinsamkeiten	37
6.3 Unsichtbare Folgen der Krise und verpasste Chancen	37
6.4 Verborgene Stärken und Schwächen	38
7. Was kann ich tun?	39
8. Glossar	42
9. Literaturverzeichnis	44

Zusammenfassung

Die Finanzkrise 2008 ist in ihrem Ausmaß nur mit der Weltwirtschaftskrise 80 Jahre zuvor vergleichbar. In den USA ging eine Reihe von Banken in den Konkurs, darunter die weltweit tätige Investmentbank Lehman Brothers. Länder wie Großbritannien und Irland, aber auch Deutschland geraten an die Grenzen ihrer Finanzkraft bei dem Versuch, das kollabierende Finanzsystem in ihren Ländern zu retten. Bis heute sind in vielen Industrieländern, allen voran den USA, die Auswirkungen der Krise in Form von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung zu spüren.

Wie hat sich dieses Geschehen auf die Entwicklungsländer ausgewirkt? Bereits Anfang 2009 identifizierten Ökonomen der Weltbank die vier Wege, auf denen die Finanzkrise Entwicklungs- und Schwellenländer erreichte: Zum einen die Wege über die Finanzmärkte und die Weltwirtschaft, zum anderen über die Rücküberweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten sowie eine Reduzierung der Entwicklungshilfe. Konkretisiert bedeutet dies, dass diese Länder an einem Absturz ihrer Währungen litten, weil ausländische Investoren ihr Geld aus Entwicklungs- und Schwellenländern abzogen. Hinzu kommt eine Verteuerung der Kredite. Der Einbruch der Weltwirtschaft Ende 2008 führte in Entwicklungsländern zu geringeren Exporteinnahmen sowie zu Entlassungen in den Exportindustrien. Dies galt für Länder mit Rohstoffvorkommen ebenso wie für Länder mit einer auf westliche Konsumenten ausgerichteten Textil- und IT-Industrie. Gleichzeitig wurde es für Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Entwicklungs- und Schwellenländern immer schwerer, Arbeit zu finden. Sie konnten deshalb weniger Geld an ihre zurückgebliebenen Verwandten überweisen. Zuletzt schrumpften angesichts der langsamer wachsenden Volkswirtschaften im Norden auch die Zahlungen von Entwicklungshilfe.

Am Beispiel der Länder Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn zeigt die Broschüre, wie sich diese Ansteckung konkret auf die Bevölkerung auswirkte.

Indonesien gehört zu den stärker von der Krise betroffenen Ländern. Der Exportsektor beschäftigt dort 12 Millionen Menschen, darunter vor allem Frauen. Fabrikbesitzer nahmen die Krise zum Anlass, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen und sie danach entweder informell zu schlechteren Konditionen weiter zu beschäftigen oder jüngere Arbeitskräfte – ebenfalls zu schlechteren Konditionen – einzustellen. Da die Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter regelmäßig Geld an ihre Verwandten schicken, hat diese Entwicklung auch Auswirkungen auf die Menschen auf dem Land. Positiv

wirkte sich jedoch aus, dass Indonesien stabile Staatsfinanzen aufweisen konnte, weshalb bestehende Sozialprogramme aufrechterhalten und sogar noch ausgebaut werden konnten.

In Paraguay dagegen machte sich die Krise weniger bemerkbar. Zwar leidet das Land unter zunehmender Armut, allerdings sind die Ursachen für diese Armut nur schwer eindeutig zuzuordnen. Neben den Auswirkungen der Finanzkrise beeinträchtigte eine zeitgleiche große Dürreperiode die Ernten im Land stark. Fest steht, dass es auch in Paraguay zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts und einer Verteuerung der Kredite kam. Glücklicherweise ermöglichten gleichbleibende Steuereinnahmen jedoch, die gerade begonnenen Sozialleistungen an Menschen in extremer Armut fortzusetzen.

Auch für Tansania gilt, dass sich die Auswirkungen der Krise in Grenzen hielten. Hier sind als Folgen vor allem verpasste Chancen auszumachen: So wollte das Land Ende 2008 zum ersten Mal eine Euro-Anleihe auf den internationalen Finanzmärkten platzieren. Dieses Vorhaben musste aufgrund der Krise abgesagt werden, und so konnten für die Entwicklung des Landes wichtige Infrastrukturprojekte bis heute nicht realisiert werden. Zugute kam dem Land allerdings, dass es eine breite Palette von Exportgütern besitzt und nicht auf den Verkauf eines Rohstoffes angewiesen war.

In Ungarn dagegen sieht die Situation ganz anders aus: Die Finanzkrise ereilte dieses Land inmitten einer wirtschaftlichen und politischen Krise, deren Wurzeln in Fehlern bei der Transformation des Landes von einer sozialistischen Staatswirtschaft in eine freie Marktwirtschaft liegen. Am gravierendsten war hier der Umstand, dass man ausländischen Banken erlaubte, den Bürgerinnen und Bürgern massenhaft Hypothekenkredite in Fremdwährungen zu vergeben. Als der Forint im Zuge der Finanzkrise an Wert verlor, mussten 1,6 Millionen Haushalte deutlich höhere Abtragungszahlungen leisten. Entlassungen in der neu angesiedelten Exportindustrie verschlimmerten die Situation. Die neue Regierung versucht nun, unter anderem über eine Sondersteuer für die ausländischen Unternehmen, die hohen Staatsschulden abzubauen.

Diese Beispiele zeigen anschaulich, dass die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in verschiedenen Volkswirtschaften sehr unterschiedlich sind. Dabei hängt die Schwere der Folgen in starkem Maße davon ab, wie gut oder schlecht das Land auf einen solchen „externen Schock“ vorbereitet war.

1. Einführung

► 1.1 Aufbau und Intention der Studie

Die Finanzkrise 2008/09 beeinträchtigt auch zweieinhalb Jahre nach ihrem Ausbruch das Leben von Millionen von Menschen in allen Erdteilen. Sie wirkt sich sowohl im Norden, als auch im Süden in Form von Arbeitslosigkeit, schlechteren Arbeitsbedingungen, der

Überschuldung privater Haushalte und staatlichen Sparmaßnahmen aus. Diese Broschüre zeigt, wie sich die Volkswirtschaften in Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn in der Krise entwickelt haben und was dies für die Menschen in diesen Ländern konkret bedeutet.

► 1.2 Wie gelangte die Finanzkrise von der Wall Street nach Malawi?

Die Finanzkrise 2008/09 hatte ihren Ursprung in den USA. Die drei wesentlichen Zutaten für das Gift, das Ende 2008 drohte, die Finanzmärkte in den Industrienationen zu lähmen, waren die Folgenden:

1. Finanzinstitutionen und -märkte waren über Jahrzehnte in den Industrieländern und besonders in den USA und Großbritannien vollkommen unzureichend überwacht und kontrolliert.
2. Bankmitarbeiter handelten völlig unverantwortlich und kurzfristig; dies galt besonders für den Bereich der Immobilienkredite und der Verbriefung¹ von Hypotheken.
3. Zu guter Letzt kam angesichts der geringen Zinsen für Staatsanleihen der Drang vieler Investoren nach einer sicheren Rendite hinzu, die oberhalb des Zinssatzes US-amerikanischer Staatsanleihen lag. In den vermeintlich sicheren und gut verzinsten Wertpapieren, die auf Kreditverbriefungen beruhten, glaubten sie, Wertpapiere gefunden zu haben, die diesem Ziel gerecht werden.

Die zunächst auf die USA und einige Länder Westeuropas lokalisierte Finanzkrise breitete sich um die Jahreswende

2008/09 innerhalb weniger Monate auf die ganze Welt aus. Anfang 2009 wurden in China Millionen von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern arbeitslos. Müllsammler in Argentinien bemerkten, dass ihr Sammelgut nur noch ein Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes besaß, und im armen Nordosten Ghanas erlebten Bäuerinnen, die Sheanüsse für die Kosmetikindustrie sammelten, dass ihre Ware unverkäuflich geworden war.

Sheanüsse nach der Ernte im Norden Ghanas, Foto: Flickr.com/ Tim Little



¹ Bei einer Verbriefung wird ein Kredit in ein handelbares Wertpapier umgewandelt. Das Risiko und die Rendite liegen dann nicht mehr bei dem Kreditgeber, sondern bei dem Besitzer des Wertpapiers.

Ein Baumwollbauer aus Malawi drückte seine Verzweiflung und Ohnmacht über diese Situation folgendermaßen aus: „Die ‚Great Lakes Company‘, die unsere Baumwolle kauft, sagt, dass die Weltwirtschaft geschrumpft ist und den internationalen Bedarf an Baumwolle nach unten drückt (...). Ich fühle mich betrogen, da ich mich frage, wie ökonomische Probleme irgendwo in Amerika (den Preis) für meine Exportfrüchte hier in Malawi leiden lassen können. Es ist eine Schande, dass ich das nicht kochen und essen kann. Ich kann nicht glauben, dass wir im letzten Jahr für 0,40 Dollar (pro Kilogramm) verkauft haben und uns dieses Jahr gesagt wird, dass der Preis bei 0,23 Dollar liegt. Das bedeutet, dass ich nicht kostendeckend arbeite, die Schulgebühren für meine Kinder, die in Privatschulen sind, nicht bezahlen kann und kein Saatgut und Dünger für die nächste Saison kaufen werde“ (EJN, 2009, zitiert nach Oxfam GB / Australia, 2010: 24, Übersetzung der Autorin).

1.2.1 Die vier Ansteckungswege

Ökonomen haben diese Ausbreitung der Finanzkrise in die Länder des Südens über das Modell der „vier Ansteckungswege“ erklärt. Der Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte des Westens wirkte sich demnach zum Einen direkt auf die Finanzinstitutionen in Entwicklungs- und Schwellenländern aus, und er führte

zweitens zu einem beispiellosen Rückgang des Welthandels, unter dem die Exportindustrie litt. Die verschlechterten Arbeitsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten aus dem Süden in Industrieländern ließen drittens die Rücküberweisungen in ihre Heimatländer sinken. Viertens beeinträchtigten die Schwierigkeiten der Industrieländer die Höhe ihrer Leistungen in der Entwicklungshilfe (vgl. IMF 2009b).

a) Ansteckung über die Finanzmärkte

Die Finanzkrise 2008/09 führte zu einer Panik auf den Finanzmärkten, im Zuge derer die meisten Investitionen sehr stark an Wert verloren. Banken, Versicherungen, Hedgefonds und andere sahen sich in der Situation, dass die von ihnen vergebenen Kredite unsicher wurden. Gleichzeitig sank der Preis für viele Wertpapiere in ihrem Besitz plötzlich rapide, sodass sie zum Teil nur noch einen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes besaßen. Dies löste zum Einen den Verkauf unsicherer Wertpapiere (zum Beispiel mit Ursprung in Entwicklungs- und Schwellenländern) aus, um das verbleibende Geld in Sicherheit zu bringen und um die Eigenkapitaldecke aufzustocken. Zum Anderen waren in dieser Situation Banken nicht mehr bereit, sich gegenseitig Kredite zu vergeben. Lediglich die Zentralbanken verliehen noch Geld in größerem Umfang an Banken. Die Banken, deren Aufgabe es ist, Geld für Unternehmen zur Verfügung zu stellen, waren nun zur Kreditvergabe nicht mehr in der Lage, weil sie durch diese Misswirtschaft in akute Geldnot geraten waren.

Diese Situation machte sich besonders in jenen Ländern bemerkbar, deren Finanzsystem eng mit den Banken in den Krisenländern verbunden ist, wie zum Beispiel in Ungarn.

Indirekt wirkte sich diese Kreditklemme aber auch in Ländern negativ aus, die nur eine schwache Verbindung zu den internationalen Finanzmärkten haben. In der Tat waren die Auswirkungen der Kreditkrise auf Niedrigeinkommensländer stärker als angesichts ihrer geringen Integration in die Finanzmärkte zu erwarten gewesen wäre (vgl. ODI, 2010b: vii). Auch in diesen Ländern erhielten aufgrund der weltweiten Kreditknappheit besonders kleine und mittlere Unternehmen weniger Kredite, und die Kredite, die vergeben wurden, hatten oft schlechtere Konditionen.

Für Schwellenländer wirkte sich die Kreditkrise so aus, dass sie für ihre Staatsanleihen zumeist deutlich höhere Zinsen zahlen mussten (vgl. IMF 2009b: 15). Besonders hart traf es Tansania. Das Land wollte Ende 2008 seine erste internationale Anleihe auflegen, um dringende Infrastrukturprojekte zu finanzieren, ein Vorhaben, das aufgrund der Finanzkrise bis heute nicht realisiert werden konnte. Länder wie Malaysia, Vietnam und Marokko gingen sogar zum Tauschhandel über, um der Kreditklemme zu entgehen und die nötigen Lebensmittel für ihre Bevölkerung zu sichern (vgl. Blas, 2009: o.P.). Die hohen Kreditkosten führten besonders in den Ländern Afrikas dazu, dass die Lebensmittelpreise trotz sinkender Weltmarktpreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht sanken. Dort, wo Lebensmittel auf Kredit gekauft wurden, blieben die Preise hoch (vgl. Blas, 2009: o.P.).

Diese Kreditklemme für kleine und mittlere Unternehmen dauerte in vielen Fällen bis ins Jahr 2010 an. Für Staatsanleihen aus Schwellenländern verringerten sich die Kreditkosten allerdings bereits wieder im Laufe des Jahres 2009.

b) Ansteckung über den Welthandel

Am stärksten spürten die Menschen in vielen Entwicklungsländern die Weltwirtschaftskrise 2008/09 jedoch über den Einbruch der Exporte in die Industrieländer. Im Zuge der Krise ging der Welthandel 2009 um 12 % zurück – eine Situation, die es seit Gründung der GATT/GATS-Abkommen im Jahr 1947 und der daraus entstandenen Welthandelsorganisation (WTO) nicht gegeben hatte.

Dies betraf besonders diejenigen Länder, die stark vom

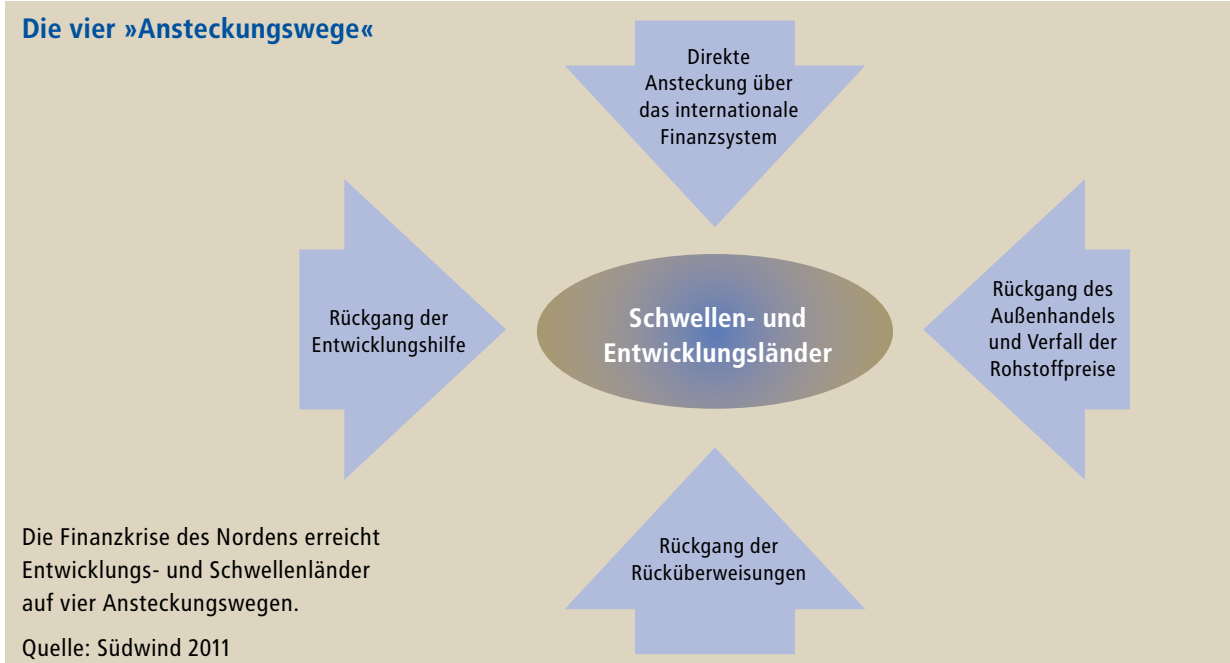
Export einiger weniger Rohstoffe abhängen, und jene, die sich auf den Export von Fertigwaren wie Textilien und Elektronikgeräte spezialisiert haben.

Für manche Rohstoffe wie Platin, Kupfer und Aluminium sanken die Preise zwischen Sommer und Ende des Jahres 2008 um 60–80 %. Diese Entwicklung spürten besonders Menschen in jenen Ländern Afrikas, deren Wirtschaft stark vom Export dieser Rohstoffe abhängt, wie Mosambik (Aluminium), Sambia (Kupfer) und Botswana (Diamanten). Die Krise führte hier zu Massenentlassungen und zum Teil zu dauerhaft schlechteren Arbeitsbedingungen in der Bergbauindustrie (vgl. Schneeweiß, 2010: 48). Der Rückgang des Sojapreises hatte negative Auswirkungen auf die Wirtschaft z.B. in Paraguay. Andere Länder, wie zum Beispiel Tansania, wurden von diesem Preisschock eher verschont, weil die Hauptexportgüter (Gold, Kaffee und Cashew-Nüsse) wenig oder gar nicht an Wert verloren.

Eine Reihe von asiatischen Ländern erreichte die Finanzmarktkrise durch den dramatischen Einbruch der Nachfrage nach Konsumgütern wie Textilien und IT-Geräten in Europa und Nordamerika. Nachdem diese Exporte in den Jahren zuvor in zweistelliger Höhe gewachsen waren, sanken sie im Krisenjahr 2009 in Indonesien um 25 %, in Vietnam um 31,8 % und in Malaysia um 13,3 % (vgl. Siow Yue Chia, 2010: 5). Dies hatte massive Auswirkungen auf die Beschäftigungsmöglichkeiten im Exportsektor und den informellen Sektor. Infolge der Massenentlassungen in den Textil- und IT-Fabriken sahen Menschen, die sich bis dahin noch mit dem Verkauf von gekochten Lebensmitteln vor den Fabriktoren der Exportindustrie ein kleines Einkommen erwirtschaften konnten, ihre Nachfrage einbrechen. Gleichzeitig erhöhte sich die Konkurrenz, weil die entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter ebenfalls versuchten, im informellen Bereich ihr Auskommen zu finden. Diese Situation führte in vielen Ländern zu einem massiven Anstieg der Armut.

c) Ansteckung über das Ausbleiben von Rücküberweisungen

Im Jahr 2008 machten die Rücküberweisungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Entwicklungs- und Schwellenländern fast das Dreifache der gesamten gezahlten staatlichen Entwicklungshilfe aus. Sie überwiesen in diesem Jahr 443 Mrd. US-Dollar (vgl. World Bank, 2010: 14) an ihre zurückgebliebenen Verwandten, die mit diesem Geld Gesundheits- und Bildungsausgaben tätigten, Grundnahrungsmittel kauften oder eine kleine selbstständige Existenz aufbauten.



Mit der Krise im Norden verschlechterten sich die Arbeitsmöglichkeiten vieler dieser Migrantinnen und Migranten, sodass die Rücküberweisungen, die durch wachsende Migration in den letzten Jahren stetig gestiegen waren, in 2009 um 6,1 % zurückgingen (vgl. World Bank, 2010: 14). Besonders betroffen waren lateinamerikanische Familien, denn lateinamerikanische Arbeitsmigrantinnen und -migranten arbeiten vorwiegend in den USA und Spanien. In beiden Ländern gab es seit 2008 eine Immobilienkrise, gerade im Bausektor sind aber viele von ihnen tätig. In Lateinamerika gingen die Rücküberweisungen deshalb mit 12 % (vgl. World Bank, 2010: 14) fast doppelt so stark zurück wie im globalen Durchschnitt. Insgesamt haben sich die Rücküberweisungen in der Krise jedoch als recht widerstandsfähig erwiesen. Die Migrantinnen und Migranten blieben in der Regel im Ausland, sparten bei ihren persönlichen Ausgaben und versuchten nach wie vor, ihre Familie in der Heimat zu unterstützen. Im Vergleich zu Krediten und Direktinvestitionen sanken die Rückzahlungen deshalb nur marginal.

d) Ansteckung über den Rückgang von Entwicklungshilfe

Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Finanzmarktkrisen einen Rückgang staatlicher Entwicklungshilfe verursachen können. So führten die Finanzmarktkrisen in Japan, Schweden und Finnland in den 1980er und 1990er Jahren dazu, dass diese Länder ihre staatliche Entwicklungshilfe reduzierten. Tatsächlich haben auch in 2008 und 2009 einige der von der Krise am schwersten betroffenen Nordländer ihre Hilfszahlungen gekürzt, wie beispielsweise Irland

(18 % weniger Entwicklungshilfe) und Griechenland (–12 %). Auch weniger betroffene Länder wie Österreich (–31 %), Deutschland (–12 %) und Italien (–31,1 %) verringerten ihre Entwicklungstransfers erheblich (vgl. OECD, 2010c: o.P.).

Weil einige Länder ihre Hilfszahlungen jedoch auch nach der Finanzkrise erhöhten, ergibt sich in der Gesamtschau ein Bild, wonach die staatliche Entwicklungshilfe in 2008 (+11 %) und 2009 (allerdings nur noch um 0,7 %) gestiegen ist. Bei diesen geringen Steigerungsraten können die vereinbarten und dringend notwendigen Erhöhungen der Entwicklungshilfe jedoch nicht eingehalten werden. 2005 war in Gleneagles vereinbart worden, dass OECD-Länder bis 2010 insgesamt 0,36 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an offizieller staatlicher Entwicklungshilfe vergeben. Der tatsächliche Wert wird 2010 nur bei 0,32 % des BIP liegen (vgl. OECD, 2010c: o.P.). Hinzu kommt, dass durch das Absinken der Bruttoinlandsprodukte vieler Länder die absolute Höhe der Entwicklungsgelder lediglich bei 126 Mrd. US-Dollar liegt und nicht wie geplant bei 130 Mrd. US-Dollar. Besonders Afrika wird hiervon besonders betroffen sein, weil vor allem Geberländer, die einen großen Teil ihrer Hilfe nach Afrika fließen lassen, ihre Zahlungen nun reduzieren. Statt der geplanten 25 Mrd. US-Dollar werden in diesen von Armut am stärksten betroffenen Kontinent nur 11 Mrd. US-Dollar fließen (OECD, 2010c: o.P.).

Hinzu kommt, dass Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus dem Norden durch die Finanzkrise oft hohe Vermögensverluste hinnehmen mussten und damit diese Finanzierungsquelle vieler Entwicklungsprojekte ausgedünnt ist.

► 1.3 Die Krise als Chance für Entwicklungsländer?

Der Einfluss der Finanzmarktkrise auf das Leben der Menschen in Entwicklungsländern ist sehr unterschiedlich. Neben stark betroffenen Ländern wie Kambodscha gibt es Länder, in denen die Menschen die Krise kaum oder nur sehr kurzzeitig spürten.

Angesichts des Szenarios von Massenentlassungen, Kreditklemmen für kleine und mittlere Unternehmen, sinkenden Rücküberweisungen und einem verlangsamteten Wachstum der Entwicklungshilfe kann man trotzdem durchaus davon sprechen, dass der an den Ursachen der Krise völlig unbeteiligte Süden die größte Last der Finanzkrise 2008/09 trägt. Experten

rechnen damit, dass 50 bis 100 Millionen Menschen aufgrund der Finanzkrise in die Armut abgeglitten sind (vgl. ODI, 2010b: 31). Die Armut stieg vor allem in Ländern an, die auf Exporte in Industrieländer angewiesen sind und in denen nun Millionen von arbeitslos gewordenen Menschen nicht annähernd den sozialen Schutz erhalten, den Menschen in Industrieländern in einer solchen Situation bekommen. Viele Menschen, die sich durch harte Arbeit im Exportsektor eine Existenzgrundlage geschaffen haben, sind gezwungen, ihre Mahlzeiten zu reduzieren und ihre Kinder aus der Schule zu nehmen. Für diese Menschen, die vor allem in Ländern wie Südafrika, Sambia, Mosambik und der

D.R. Kongo, aber auch in Indonesien, Vietnam und Kambodscha leben, ist die Krise eine Katastrophe, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten massiv und langfristig eingeschränkt hat.

Das Paradoxe ist, dass ökonomische Analysen oft zu dem Ergebnis kommen, dass eine Reihe von Schwellenländern, wie zum Beispiel Brasilien, China, Indonesien und Indien die Krise gut gemeistert haben oder sogar davon profitierten.

Ein wesentlicher Grund für diese unterschiedliche Einschätzung liegt darin, dass verschiedene Beobachter die Situation mit verschiedenen Messlatten beurteilen. Viele Volkswirte haben im Hinblick auf die historischen Erfahrungen der Finanzkrisen der 1980er und 1990er Jahre zunächst geschlossen, dass auch in dieser Krise die Volkswirtschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer im Süden mit deutlich größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden als der Norden. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Das Finanzsystem in fast allen Entwicklungs- und Schwellenländern war in und nach der Krise deutlich stabiler, als das der USA und in den Ländern Europas. Die Banken im Süden haben sich nicht an den Investitionen in hochriskante Kreditderivate und Hypothekenscheine beteiligt. Sie hatten eine deutlich höhere Eigenkapitaldecke und waren oft nach den Lehren der vergangenen Finanzkrisen besser reguliert und überwacht als Finanzinstitute in den USA und Europa. Nach der Krise zeigt sich zudem, dass die USA und die europäischen Länder mit der Rekapitalisierung ihrer Banken und antizyklischen Maßnahmen zur Abwehr einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise eine kritisch hohe Last an Staatsschulden zu tragen haben. Demgegenüber haben gerade jene Entwicklungs- und Schwellenländer, die vor wenigen Jahren eine Wirtschaftskrise zu überstehen hatten, ihre Staatsschulden begrenzt und Devisenreserven aufgebaut. Außerdem wirkte sich die Krise in den meisten Ländern des Nordens negativ auf das Wirtschaftswachstum aus, während Entwicklungs- und Schwellen-



Unter der Kontrolle der Zentralbanken (hier: Bank of Tanzania), blieb das Bankensystem vieler Entwicklungs- und Schwellenländer vergleichsweise stabil, Foto: Fanny Schertzer

länder bereits in 2010 wieder hohe Wachstumszahlen aufweisen konnten, nachdem sie auch in 2009 nur ein leicht abgeschwächtes Wachstum verbuchen mussten.

Am deutlichsten zeigt sich diese Umkehrung der Verhältnisse zwischen Nord und Süd daran, dass Anfang 2011 acht bis zehn Jahre lang laufende Euro-Staatsanleihen von Griechenland eine Rendite zwischen 8,6 % und 12,6 % aufweisen, während brasilianische Euro-Anleihen über den gleichen Zeitraum lediglich zwischen 2,4 % und 4,5 % Rendite abwerfen, also als deutlich sicherer eingeschätzt werden.

Die Kombination von Sicherheit und Wachstum, bisher ein Privileg der Industrieländer, zieht Investoren aus dem Norden an, die nun verstärkt in Wertpapiere aus Ländern wie Brasilien und Indonesien investieren, aber auch mit Direktinvestitionen Fabriken und Minen kaufen und betreiben.

In dieser Situation, also geringerem Wachstum und höherer Verschuldung im Norden gegenüber höherem Wachstum bei oft relativ geringer Verschuldung im Süden, wächst auch das politische Gewicht – allerdings auch nur – von Schwellenländern wie Brasilien, China und Indien. Aus dieser Perspektive kann man durchaus davon sprechen, dass diese Länder die Krise nicht nur gut überstanden, sondern sogar davon profitiert haben.

► 1.4 Die Länderbeispiele

Die folgenden Länderbeispiele zu Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn zeigen auf, über welche der Ansteckungswege sich die Finanzmarktkrise auf das Land innerhalb seines historischen, politischen und makroökonomischen Kontextes auswirkte. Es wird beschrieben, in welcher Situation sich das Land und der

von der Krise betroffene Teil der Bevölkerung befinden und welche Maßnahmen zur Linderung von Armut getroffen wurden. Zuletzt werden aus dieser konkreten Situation heraus Forderungen an ein nachhaltiges Weltfinanzsystem entwickelt.

2. Indonesien

Indonesien:

Bevölkerungszahl: 243 Millionen (2010, geschätzt)
BIP: 540 Bio. US-Dollar (2009)
BIP pro Kopf: 2.349 US-Dollar (2009)
Staatsschulden: 33,22 % des BIP (2008)
Gini Index (Einkommensunterschiede): 37,6 (2007)
Anteil der Bevölkerung in extremer Armut: 29,4 % (2007)

Rohstoffvorkommen: Erdöl, Erdgas, Zinn, Nickel, Nutzholz, Bauxit, Kupfer, Kohle, Gold, Silber,
Exportgüter: Öl und Gas, elektrische Geräte, Sperrholz, Textilien, Gummi
Handelspartner Export: 17,28 % Japan, 11,29 % Singapur, 10,81 % USA, 7,26 % China, 5,53 % Südkorea, 4,35 % Indien, 4,11 % Taiwan, 4,07 % Malaysia (2009)
Importgüter: Maschinen und Ausrüstung, Chemikalien, Treibstoff, Nahrungsmittel
Handelspartner Import: 24,96 % Singapur, 12,52 % China, 8,92 % Japan, 5,88 % Malaysia, 5,64 % Südkorea, 4,88 % USA, 4,45 % Thailand (2009)

HDI Rang: 108 von 169 (Medium Human Development, 2010)
Alphabetisierungsrate (ab 15 Jahre): 92% (2010)
Geburten, die von Fachpersonal begleitet wurden: 79,4 % (2007)
Sterblichkeitsrate vor dem 5. Lebensjahr: 41 von 1.000 Kindern (2008)
Religion: 88 % Muslime, 6 % katholische Christen, 3 % evangelische Christen, 1,8 % Buddhisten, 1 % Hindus

Quellen: CIA; World Bank; UNDP, 2010; UNStats, 2010.



► 2.1 Geschichtlicher Überblick

Indonesien ist mit 243 Millionen Einwohnern nach den USA das viert-bevölkerungsreichste Land der Welt. Das Land ist ein Archipel, der aus etwa 6.000 bewohnten Inseln zwischen dem Pazifischen und dem Indischen Ozean besteht, von denen Java, Sumatra, Kalimantan und Sulawesi die größte wirtschaftliche Bedeutung für das Land tragen.

Nach 300-jähriger holländischer Kolonialherrschaft wurde Indonesien 1945 unabhängig. Vollzogen wurde die Bildung eines unabhängigen indonesischen Staates allerdings erst nach erbitterten Kämpfen gegen die holländische Armee und unter Vermittlung der UN im Jahr 1949.

Nach 17 Jahren ziviler Herrschaft in einer „gelenkten Demokratie“ unter Präsident Sukarno, übernahm 1965 infolge blutiger Unruhen General Suharto die Macht. Unter seiner autokratischen und durch Vettern- und Günstlingswirtschaft gekennzeichneten Regierung

wurden in den Jahren nach seiner Machtübernahme über 500.000 Bürgerinnen und Bürger ermordet. Erst in Konsequenz der Asienkrise 1998, die wirtschaftliche Fehlentwicklungen seiner Regierung offenlegte, wurde Suharto zum Rücktritt gezwungen.

2.1.1 Die Wirtschaftskrise 1997/98

In den Jahren 1997/98 erlebten Südostasien und Südkorea eine verheerende Finanz- und Wirtschaftskrise, in deren Folge die Armut in den betroffenen Ländern stark zunahm. Die Krise wurde in Thailand durch überhöhte Immobilienpreise ausgelöst und führte dazu, dass Anleger ihr Kapital massenhaft aus asiatischen Ländern abzogen. Neben stabilen Volkswirtschaften wie Südkorea war auch Indonesien davon betroffen. Die Wirtschaft des Landes sah aufgrund hoher Wachstumsraten gesünder aus, als sie angesichts der hohen Verschuldungsraten von Banken und Unternehmen sowie der alles dominierenden Vetternwirtschaft des

Suharto-Klans tatsächlich war. Deshalb wuchs die Krise in Indonesien zu einer nationalen Katastrophe. Nach Jahren des Anstiegs senkte sich das Bruttoinlandsprodukt 1998 um 13,2 %. Die indonesische Rupiah verlor um bis zu 84 % ihres Werts gegenüber dem US-Dollar (vgl. Hanisch, 2001: o.P.).

Das Land musste in dieser Situation enorme Mittel aufwenden, um Banken vor dem Kollaps zu retten, wodurch es sich hoch verschuldete. Die Auslandsschulden machten 1998 146 % des Bruttoinlandsprodukts aus (vgl. Hanisch, 2001: o.P.). In dieser Situation half der Internationale Währungsfond (IWF) mit einem Kredit über rund 40 Mrd. US-Dollar, der jedoch an Bedingungen wie der Freigabe der Währung und der Privatisierung staatlicher Betriebe geknüpft war. Die mit diesen Maßnahmen einhergehende Abwertung der Rupiah und als Folge davon die Verteuerung von Grundnahrungsmitteln, wie Speiseöl und Reis, war der Auslöser für blutige soziale Unruhen. Schließlich kam es im Mai 1998 zum Sturz des Suharto-Regimes und der schrittweisen Einführung einer Demokratie.

Indonesien hatte nun zehn Jahre Zeit, sich auf die nächste, wiederum von außen auf das Land einstürmende Finanzkrise vorzubereiten.

In dieser Zeit gelang es dem Land, sich zu stabilisieren. Die Staatsschulden wurden von 146 % des BIP in 1998 auf 30 % in 2010 (vgl. Inwent: o.P.) zurückgeführt. Die Inflation ging von 58,4 % (1998) auf 6,4 % (2009) zurück (vgl. World Bank: o.P.). Hinzu kam, dass die dem Suharto-Regime folgenden Regierungen aus den Konsequenzen des massiven Kapitalabflusses ausländischer Investoren gelernt hatten und nun Reserven in ausländische Devisen, vor allem US-Dollar aufbauten, um im Krisenfall die Währung stützen zu können. Weitere Maßnahmen bestanden darin, die Banken besser zu kontrollieren und Maßnahmen für eine soziale Grundversorgung einzuführen. Steigende Rohstoffexporte und Exporte von Textilien und Turnschuhen, verbunden mit einer erhöhten Inlandsnachfrage, führten schon bald nach der Krise zu einer Wachstumsrate von 6,3 % in 2007 (vgl. World Bank: o.P.).

Insgesamt war das Land damit im Jahr 2008 wesentlich besser auf einen „externen Schock“, also auf ein extrem negatives wirtschaftliches Umfeld im Ausland vorbereitet als 1997. Trotzdem war Indonesien nicht völlig immun gegen eine erneute Ansteckung.

► 2.2 Die Wirtschaftskrise 2008/09

Indonesien wurde von der 2008 einsetzenden Finanzkrise auf allen vier einleitend beschriebenen Ansteckungswegen erreicht. Die Bevölkerung hatte am meisten unter dem Einbruch des Welthandels zu leiden. Aber auch das Finanzwesen des Landes, die Migrantinnen und Migranten mit ihren Familien und die Hilfszahlungen waren betroffen.

Diese Betroffenheit spiegelt sich jedoch nicht so sehr in den Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt und der Anzahl der Beschäftigten wider. Das BIP fiel im Jahresvergleich von über 6 % Anfang 2008 lediglich auf 4,2 %. (vgl. World Bank: o.P.). Die offiziellen Arbeitslosendaten geben im Jahresvergleich von 2008 auf 2009 sogar einen leichten Rückgang der offenen Arbeitslosigkeit wieder (vgl. Oxfam GB, 2010: 10). Ein Phänomen, das jedoch sogar von offizieller Seite damit erklärt wird, dass Arbeitslose in der Regel ihr Auskommen im informellen Sektor suchen, in dem 70 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt sind. „Sie sind zu arm, um arbeitslos zu sein“, sagte Faisal Basri, Ökonomieprofessor und Berater der

indonesischen Handelskammer (vgl. Oxfam GB, 2010: 10, Übersetzung der Autorin).

Aber gerade diese Verdrängung von formell eingestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in die ungesicherte, schlecht bezahlte informelle Beschäftigung ist ein wichtiger Grund dafür, dass sich mit der Wirtschaftskrise die Anzahl der Armen, also der Menschen, die mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen müssen, von 64 Millionen in 2007 um fast die Hälfte auf 96,2 Millionen in 2009 stieg.

2.2.1 Ansteckung über die Finanzmärkte

In der Krise 2009 erwies sich sowohl die Währung des Landes, als auch das Bankensystem deutlich stabiler als in der Asienkrise. 1998 zogen internationale Anleger ihr Kapital auch aus Indonesien ab. Dieses Mal hatte die Regierung jedoch Währungsreserven angelegt, mit denen sie gegensteuern konnten. Dementsprechend ver-

lor die Rupiah bis März 2009 „nur“ rund 8 % ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar. Wie in allen Ländern der Welt wurde dies von einem Kurssturz an den Börsen begleitet (vgl. World Bank, 2009: 8ff.) – eine Entwicklung, die sich aber bereits ab September 2009 umkehrte.

Im Gegensatz zum Jahr 1998 blieb auch das Bankensystem des Landes weitgehend stabil. Neben einigen Konkursen kleinerer Banken äußerte sich die Krise nun vor allem darin, dass die einheimischen Banken zögerten, sich untereinander Geld zu leihen, und ihr Geld besonders von kleineren Finanzinstituten abzogen. Ebenso erhöhte sich die Anzahl der nicht bedienten Kredite. Auch in Indonesien kam es deshalb zu einem Engpass in der Kreditvergabe, der besonders kleine und mittlere Unternehmen traf (vgl. World Bank, 2009: 14f.). Der große Zusammenbruch des Finanzsystems, den das Land 1998 erlebt hatte, blieb aber aus, denn indonesische Banken waren inzwischen deutlich besser reguliert als US-amerikanische und europäische Banken. Vor allem aber hatten sie nicht in die vermeintlich sicheren Hypothekenscheine investiert, die im Zuge der Krise fast wertlos wurden.

Die direkte Ansteckung über die internationalen Finanzmärkte hielt sich auch deshalb in Grenzen, weil ausländische Banken in Indonesien nur einen geringen Marktanteil von unter 5 % (vgl. World Bank, 2009: 12) halten und damit der Abzug von Kapital aus ausländischen Filialen zur Zentrale weitgehend ausblieb, der besonders in vielen Ländern Osteuropas beobachtet wurde.



Indonesische Rupiah blieben vergleichsweise stabil,
Foto: Flickr.com/ Black_Claw

2.2.2 Der Welthandel

Der Rückgang des Welthandels war das größte Einfallstor der Finanzkrise nach Indonesien. Insgesamt reduzierten sich die Exporte von Fertigwaren wie Textilien, Turnschuhen und IT-Geräten in einem Vergleich der Monate September bis Januar 2007/2008 zu September bis Januar 2008/2009 um 18,57 % (vgl. Oxfam GB, 2010: 8). Da in dieser Zeit auch der Preis für die Rohstoffe einbrach, die das Land exportiert, lag der Rückgang des Wertes der Exporte bei insgesamt 25,46 %.

Es war besonders der Einbruch der Exporte von Fertigwaren wie Textilien, Turnschuhen und IT-Geräten, der das Leben von großen Teilen der Bevölkerung beeinträchtigte. In diesem Sektor, in dem über 12 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, führte der Rückgang der Nachfrage zu Massentlassungen und der Schließung von Fabriken. Besonders betroffen waren die Industriegebiete auf West Java, in denen sich die Produktion des Landes konzentriert.

Die offizielle Statistik des indonesischen Arbeitsministeriums gibt an, dass bis zum August 2009 vor allem in West Java 65.200 Menschen auf Grund der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Zahlen des Arbeitgeberverbandes, die auch Tagesarbeiter und nach außen vergebene Arbeiten enthalten, liegen allerdings mit 150.000–200.000 Entlassungen deutlich höher (vgl. Oxfam GB, 2010: 9). Darüber hinaus kommen von verschiedenen Seiten Stimmen auf, die vermuten, dass die Finanzkrise ein willkommener Anlass für Fabrikbesitzer war, auf billigere und flexiblere Arbeitskräfte zurückzugreifen.

So geht sowohl aus sozial empirischen Studien als auch aus der Expertise der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hervor, dass es im Textilsektor wenige Wochen nach der Entlassungswelle Neueinstellungen gab. Diese neu geschaffenen Arbeitsplätze waren aber mit deutlichen Nachteilen verbunden, denn den nun eingestellten jungen Frauen boten die Arbeitgeber auf kurze Zeit begrenzte und schlechter bezahlte Jobs an. Frauen über 30 Jahre hatten dagegen, trotz jahrelanger Erfahrung, kaum eine Chance, wieder eine Arbeit zu bekommen (vgl. Oxfam GB, 2010; ILO 2008).

„Die Fabriken wollen jüngere und frischere Arbeiterinnen für Verträge, in denen sie weniger bezahlen können“, sagte ein Gewerkschaftsführer über die Situation (vgl. Oxfam GB / Australia, 2010: 17, Übersetzung der Autorin).

Ebenso wird vermehrt Kinderarbeit beobachtet. So berichtete ein Fabrikbesitzer, dass er 42 freie Stellen ausschrieb, auf die sich über 3.000 Menschen bewarben, von denen 40 % Schulkinder, meist sehr junge Mädchen waren (vgl. Widihandojo, 2011).

Der Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten, verbunden mit geringeren Löhnen und unsichereren Arbeitsverhältnissen im Exportsektor, hat eine direkte Auswirkung auf die Landbevölkerung. Die aus den ländlichen Gegenden zugezogenen Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter unterstützen in aller Regel ihre zurückgebliebenen Familienmitglieder. Dies ist ihnen aufgrund der Krise in der Exportindustrie nun oft nicht mehr möglich. Der damit verbundene Anstieg der Armut auf dem Land wird lang andauernde Folgen unter anderem für die Schulbildung der Kinder haben.

Ein Vergleich des ländlichen Schulbesuchs zeigt, dass trotz des großen Engagements vieler Eltern, den Schulbesuch ihrer Kinder auch in der Krise zu ermöglichen, weniger Kinder in den Unterricht gehen können. So fiel auf dem Land die Partizipationsrate der Schülerinnen und Schüler in Grundschulen von 98,7 % (2007) auf 97,9 % (2009). Noch stärker war der Rückgang dieser Rate in den Junior High Schools, wo sie von 93,6 % auf 89,4 % sank (vgl. Widihandojo, 2011).

Situation im informellen Sektor

Entlassungen im formellen Sektor haben in allen betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländern dazu geführt, dass mehr Menschen versuchen, im informellen Sektor ihr Auskommen zu finden. Dies gilt auch für Indonesien. Hier fand jedoch weniger eine Verdrängung der Arbeiterinnen und Arbeiter in andere Arbeitsbereiche statt, wie zum Beispiel in den Straßenverkauf. Berichte zeigen vielmehr, dass Fabrikbesitzer neben der Einstellung vor allem jüngerer Arbeiterinnen zu schlechteren Konditionen auch die Strategie verfolgten, dieselben nach ihrer Entlassung informell weiter zu beschäftigen. Sie führen nun in „Sweatshops“ dieselben Tätigkeiten für deutlich geringere Bezahlung aus. Das Arbeitsvolumen hat Berichten zufolge nicht nachgelassen (vgl. Horn, 2009: 27; vgl. Widihandojo, 2011).

2.2.3 Rücküberweisungen

Offizielle Statistiken zeigen, dass die Rücküberweisungen von Arbeitsmigrantinnen (80 % der indonesischen Arbeitsmigranten sind weiblich), die überwiegend in Südkorea, Malaysia, Singapur und Saudi Arabien arbeiten, in der Krisenzeit etwa gleich hoch geblieben sind.



Straßenverkauf von „Kerak Telor“, einer indonesischen Spezialität, Foto: Flickr.com/ Circuit Tsunami

Sieht man von Saudi Arabien ab, haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen für Arbeitsmigrantinnen in diesen Ländern allerdings verschlechtert. Sie überweisen trotzdem gleiche oder sogar höhere Beträge, weil sie um die erhöhte Bedürftigkeit ihrer Verwandten im Heimatland wissen.

Viele junge Frauen sehen in der Migration auch eine Möglichkeit, der Krise zu entgehen und suchen seit 2009 verstärkt nach Arbeit im Ausland. Der Staat unterstützt diese Entwicklung mit dem Aufbau von speziellen Trainingszentren für angehende Migrantinnen. Angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Lage in vielen Zielländern erhalten jedoch nur wenige eine Arbeitserlaubnis. In dieser Situation, in der Menschen verstärkt im Ausland nach Arbeit suchen und verbleibende Auswanderer schlechtere Bedingungen in den Zielländern vorfinden, erhöht sich für die Migrantinnen die Gefahr, als illegale oder unregistrierte Einwanderer in prekäre und gefährliche Arbeitsstationen, wie zum Beispiel in die Prostitution, abgedrängt zu werden (vgl. Oxfam GB, 2010: 20).

2.2.4 Entwicklungshilfe

Zahlungen von Entwicklungshilfe vor und nach der Krise

Entwicklungshilfe aus OECD-Ländern:

391,41 Mio. US-Dollar (2007) und
332,9 Mio. US-Dollar (2009)

Entwicklungshilfe aller Geber:

895,69 Mio. US-Dollar (2007) und
1.049,46 Mio. US-Dollar (2009)

Bisher ist nicht eindeutig auszumachen, wie sich die Veränderung der Entwicklungshilfefzahlungen langfristig auf Indonesien auswirken wird.

Die Beträge für 2009 zeigen einen Rückgang der Zahlungen der OECD-Länder, der aber von anderen multilateralen Gebern wie der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank mehr als ausgeglichen wird. Vor Ort berichten Experten allerdings davon, dass es schwieriger

geworden sei, Entwicklungsprojekte zu finanzieren (vgl. Widiandojo, 2011).

2.2.5 Langfristige Folgen der Finanzkrise

Die bittersten und langfristigen Folgen der Krise werden den Kindern zu tragen haben, die aufgrund der Krise unter Nahrungsmittelmangel zu leiden hatten oder ihre Schullaufbahn verfrüht beenden mussten. In den meisten Fällen reduzieren sich die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Kinder lebenslang. Eine weitere langfristige Folge werden die erneut verschlechterten Arbeitsbedingungen besonders für Frauen im Exportsektor sein. Nachdem sie jahrelang oft unter großen Gefahren für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft haben und ein paar Fortschritte erzielen konnten, nutzten Fabrikbesitzer die Finanzkrise dazu aus, diese Fortschritte unter anderem mit einer Informalisierung der Arbeit wieder rückgängig zu machen. Es ist zu erwarten, dass diese Verschlechterung sich über Jahre auf das Leben der Arbeiterinnen und ihrer Familien auswirken wird.

ausgerichtet ist, Arbeitsplätze im Straßen- und Wohnungsbau zu schaffen, also in traditionell männlichen Bereichen, während die überwiegende Zahl der Entlassungen Frauen in den Exportindustrien betraf. Auch gibt es Berichte, dass aufgrund bürokratischer Hindernisse nicht alle bedürftigen Menschen tatsächlich Zugang zu den Sozialleistungen haben. Weiterhin reichen die Sozialleistungen häufig nicht aus. So können zum Beispiel manche Eltern trotz aller Unterstützung die Kosten für den Transport zur Schule nicht tragen und sehen sich gezwungen, ihr Kind deshalb aus der Schule zu nehmen (vgl. Widiandojo, 2011).



Indonesische Schulen waren während und nach der Finanzkrise nicht immer so gut besucht, Foto: Flickr.com/ Mariska Richters

► 2.3 Gegensteuern des Staates

Die Finanzkrise 2008/2009 war die erste Finanzkrise, in der einige Staaten des Südens wie Brasilien, Indien, aber auch Indonesien finanzkräftig genug waren, mithilfe ihrer Reserven ihre Währung zu stützen und mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern. In diesen Ländern bestanden schon vor der Krise rudimentäre soziale Grundsicherungssysteme. Vermutlich hat dieses Gegensteuern dazu geführt, dass deutlich weniger Menschen Hunger leiden mussten und dass die Volkswirtschaften insgesamt die Krise besser meistern konnten als Länder, in denen es keine solchen Maßnahmen gab (vgl. Oxfam GB, 2010: 5f.).

In Indonesien bestanden bereits vor Eintreten der Finanzkrise Programme, die Eltern halfen, den Schulbesuch ihrer Kinder und den Zugang zu medizinischen Basisdiensten auch in Zeiten wirtschaftlicher Not weiter zu ermöglichen. Mit dem Programm „Reis für die Armen“ wird zudem Reis zu einem subventionierten Preis, der etwa bei einem Fünftel des Marktpreises liegt, an arme Haushalte abgegeben. Arme Haushalte wurden zusätzlich auch direkt finanziell unterstützt. Ein Programm zur Kommunalentwicklung soll neben Infrastrukturmaßnahmen auch die Regierungsführung in Kommunen verbessern (vgl. Oxfam GB / Australia, 2010: 5f.).

Während vorangegangene Finanzkrisen oft durch einen alternativlosen, harten Sparkurs der Regierungen gekennzeichnet waren, bei dem sie sich aus der Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitsleistung zurückzogen, war im Jahr 2009 das Gegenteil der Fall. Die Ansätze sozialer Sicherung wurden in einigen Fällen sogar weiter ausgebaut. Zusätzlich reagierte der indonesische Staat mit der Auflage eines Konjunkturpakets in Höhe von 7 Mrd. US-Dollar und einer Zinssenkung der Zentralbank (vgl. Inwent, 03.02.2011: o.P.).

Das Konjunkturprogramm stellte unter anderem Ausgaben für den Bau von Straßen, Marktplätzen und Wohnungen bereit. Das Wohnungsbauprogramm richtete sich gezielt an ärmere Siedlungen, die vom Fischfang leben. Die Mittel für den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen wurden aufgestockt und der Aufbau von Bildungszentren erweitert. Zielgruppe sind hier zum Beispiel Frauen, die Arbeit außerhalb des Landes suchen (vgl. Oxfam GB, 2010: 12).

All diese Maßnahmen haben Menschen geholfen, die Krise besser zu überstehen. Untersuchungen zeigen jedoch auch Verbesserungsmöglichkeiten auf. So fällt zum Beispiel auf, dass das Konjunkturprogramm darauf

Der eingeschlagene Weg, das heißt Ernährungssicherheit, eine medizinische Grundversorgung sowie Schulbildung für alle Einwohner auch in Krisenzeiten zu gewährleisten und ökonomischen Schocks mit Konjunkturprogrammen zu begegnen, ist jedoch eine

wichtige und zu begrüßende Umkehr von dem in den 1990er Jahren vom Internationalen Währungsfonds erzwungenen Rückzug des Staates aus diesen Bereichen in Krisenzeiten.

► 2.4 Fazit und Forderungen

Angesichts der Realität immer wiederkehrender Finanzkrisen mit verheerenden Auswirkungen gerade auf Menschen in prekären Lebens- und Arbeitssituationen in Entwicklungs- und Schwellenländern sollte nach dem Vorschlag der Stiglitzkommission² ein internationaler Sozialfonds aufgebaut werden. Das Beispiel Indonesien zeigt, wie wichtig es ist, in der Krise Mittel bereitzustellen zu können, um diejenigen Bevölkerungsteile aufzufangen, die am härtesten betroffen sind. Es zeigt aber auch, dass selbst bei gutem Willen der Regierung das Geld nicht ausreicht, um wirklich allen

Bedürftigen hinreichend helfen zu können. Andere, noch ärmere Staaten können ihren Armen in der Krise keinerlei Unterstützung anbieten. Aus diesem Grund sollte für die Versorgung der Benachteiligten in Entwicklungs- und Schwellenländern in Krisenzeiten ein Fonds gegründet werden, der sich über eine international erhobene Finanztransaktionssteuer aus den Geldern der Verursacher dieser Krisen, den Akteuren auf den Finanzmärkten, speist.

Die durch die Krise erheblich verschlechterte Situation der Arbeitnehmer in der Exportindustrie zeigt zusätzlich, wie wichtig es angesichts der Auswirkungen dieser Krise ist, Arbeitnehmerrechte konsequent zu stärken und über gesetzliche Maßnahmen zu verhindern, dass Menschen in informelle und prekäre Arbeitsformen verdrängt werden.

² Die „Expertenkommission des Präsidenten der UN-Generalversammlung zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems“, geleitet von Professor Stiglitz, ist ein Gremium auf der Ebene der UN, das einen Bericht mit Vorschlägen für eine Regulierung der Finanzmärkte erarbeitete und Anfang 2010 vorlegte.

3. Paraguay

Paraguay:

Bevölkerung: 6,37 Mio. Einwohner (2010)
BIP: 14,24 Mrd. US-Dollar (2009)
BIP pro Kopf: 2.242 US-Dollar (2009)
Gini Index (Einkommensverteilung): 53,2 (2007)
Anteil der Bevölkerung in Armut: 58,2 % (2008)³

Rohstoffvorkommen: Nutzholz, Eisenerz, Mangan, Kalkstein
Exportgüter: Sojabohnen, Futtermittel, Baumwolle, Fleisch, Speiseöl, Elektrizität, Holz, Leder
Handelspartner Export: 21 % Brasilien, 17 % Uruguay, 12 % Chile, 11 % Argentinien, 14 % Russland (2009)
Importgüter: Straßenfahrzeuge, Konsumgüter, Tabak, Erdölprodukte, elektronische Maschinen, Traktoren, Chemikalien, Fahrzeugteile
Handelspartner Import: 30 % China, 23 % Brasilien, 16 % Argentinien, 5 % USA (2009)

HDI-Rang: 96 von 169 (Medium Human Development, 2010)
Alphabetisierungsrate (ab 15 Jahre): 94,6 % (2007)
Geburten, die von Fachpersonal begleitet werden: 81,9 % (2008)
Sterblichkeitsrate vor dem 5. Lebensjahr: 28 von 1.000 Kinder (2008)
Religion: 89,6 % Römisch-katholisch, 6,2 % Protestantisch, 1,1 % andere christliche Glaubensrichtungen, 1,9 % andere oder unspezifizierte Glaubensrichtungen, 1,1 % ohne Religion

Quellen: CEPAL, 2009; CIA; UNDP, 2010; UNStats, 2010; World Bank



► 3.1 Paraguay in der Globalisierung

In gewisser Hinsicht ist Paraguay ein junges Land: Nach langen Jahren der Diktatur und Isolation beteiligt es sich erst seit den 1970er Jahren aktiv an der Weltwirtschaft. Diese Integration wurde in den 1990er Jahren durch die Gründung des lateinamerikanischen Bin-

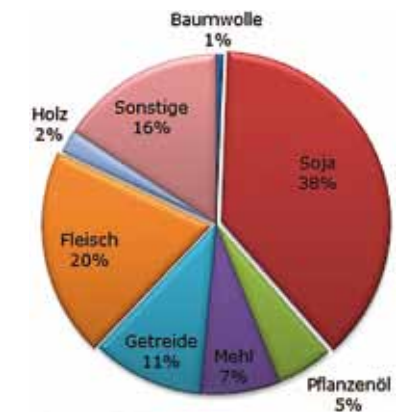
nenmarktes (Mercosur) durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay verstärkt. Paraguay hat keinen Zugang zum Meer und ist deshalb in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen stark von seinen Nachbarländern abhängig. Beispielsweise binden Wasserkraftwerke am Grenzfluss Paraná und Agrarexporte die Wirtschaft Paraguays an Brasilien. Die Finanzkrise erreichte Paraguay deshalb weniger direkt über die USA oder andere Industrieländer, sondern vor allem indirekt über seine Nachbarn Brasilien und Argentinien, mit denen das Land in engem wirtschaftlichen Austausch steht.

3.1.1 Die Wirtschaft Paraguays

Paraguay ist ein verhältnismäßig armes Land: Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 14,24 Mrd. US-Dollar in 2009 (vgl. World Bank: o.P.) ist Paraguay das

³ CEPAL berechnet die Armutsgrenze anhand eines Warenkorb für jedes Land einzeln, gibt diese jedoch nicht an.

Paraguay: Entwicklung der Exporte 2010



SÜDWIND 2011, Quelle: BCP, 2010

als Vorprodukt für die Produktion von Öl oder Futtermitteln wie auch von Agrotreibstoff von stark zunehmender Bedeutung. Inzwischen ist das Land unter den weltweiten Top Ten der Sojaexporteure zu finden. Sojabohnen machten 2010 rund 38 % der Exporterlöse aus (siehe Grafik).

Die übrigen wichtigen Exportprodukte des Landes entstammen ebenfalls dem Agrarsektor: Rindfleisch (20 %), gefolgt von Getreide (11 %), pflanzlichen Ölen und Fetten (5 %), Mehl (7 %), und Holz (2 %). Die Abhängigkeit der paraguayischen Volkswirtschaft vom Agrarsektor ist strukturell problematisch. Versuche, den industriellen Sektor zu stärken, blieben bislang im Ansatz stecken, auch wegen zu geringer ausländischer Investitionen.

Im Industriesektor haben die großen Staatsunternehmen Ande (Elektrizität), Essap (Wasser), Petropar (Brennstoffe), Copaco (Telekommunikation) und Inc (Zement) eine vorherrschende Stellung inne. Die Regierung will allerdings zukünftig die Beteiligung von Privatkapital an diesen Unternehmen fördern. Als Reaktion auf die unzureichende Zementproduktion erhielt beispielsweise ein privater Anbieter kürzlich eine Zulassung in Konkurrenz zu der staatlichen Inc.

Nach den hervorragenden Ernten und satten Gewinnen 2008, insbesondere bei Soja und Rindfleisch, wurden im Jahr 2009 aufgrund der Trockenheit zu Jahresbeginn und wegen der im Zuge der Weltwirtschaftskrise gefallen Rohstoffpreise deutlich geringere Gewinne erwirtschaftet. Bereits 2010 kehrte sich diese Entwicklung aber schon wieder radikal um. Für 2010 wird eine Verdoppelung der Sojaproduktion im Vergleich zu 2009 erwartet.

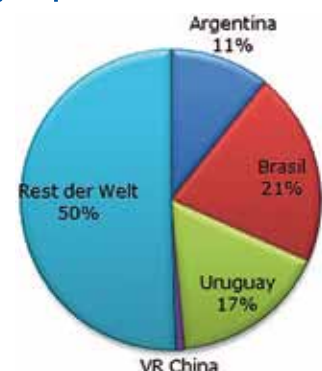
Armenhaus des Mercosur. Mehr als die Hälfte der Paraguayer lebt unter der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag, ein Viertel sogar in „absoluter Armut“, d.h. mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag (vgl. CEPAL, 2009: 87). Trotz eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 4,8 % zwischen 2003 und 2008 ist die offene Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum lediglich von 7,3 % auf 5,7 % gesunken. Die Unterbeschäftigung hingegen ist im selben Zeitraum von 24,3 % auf 26,5 % gestiegen (vgl. Borda, 2010). Folglich sind die Beschäftigungseffekte des Wirtschaftswachstums in Paraguay mit nur 1,6 % sehr gering. Die Unterbeschäftigung stieg trotz des Wirtschaftswachstums sogar um 2,3 %. Diese Zahlen belegen die Existenz einer dualen Wirtschaftsstruktur, in der vor allem der informelle Sektor mit der Wirtschaft wächst, d.h. die ungeschützten Arbeitsverhältnisse und kleinen selbstständigen Existenzen. Der formelle Sektor hingegen nimmt jedoch kaum zu. Weiterhin lebt ein großer Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft (39 %), die 24 % zum BIP des Landes beiträgt. Aufgrund der Abhängigkeit des Agrarsektors von Weltmarktpreisen und Klimafaktoren finden dort allerdings immer weniger Menschen eine Beschäftigung. Darüber hinaus besitzen mehr als 84 % der landwirtschaftlichen Betriebe weniger als 20 Hektar Land. Damit geht ein chronischer Mangel an Technologie, Kapital und Know-how einher. In Folge dessen suchen immer mehr Menschen ihr Auskommen im informellen Sektor, einschließlich des Schmuggels und der Markenpiraterie. Diese Situation wird durch eine hohe Geburtenrate von 2 % noch weiter verschärft.

Mit der zunehmenden Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export seit Mitte der 1990er Jahre schreitet die Konzentrierung von Landbesitz weiter voran: Mit nur 9 % der landwirtschaftlichen Betriebe kontrollieren Großgrundbesitzer mehr als 66 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche. Dagegen ist rund ein Drittel der ländlichen Bevölkerung ohne Land. Insbesondere in den letzten 20 Jahren ging der Prozess der Landkonzentration mit der Vertreibung von indigenen Völkern und der Zerstörung des Waldes einher: Die Waldfläche in der Ostregion wurde von 8 Mio. Hektar im Jahr 1945 auf ca. 1 Mio. Hektar im Jahr 2009 verringert. In der Westregion sind lediglich 600.000 Hektar Wald übrig geblieben.

3.1.2 Exporte als Hauptsäulen der Wirtschaft

Gemäß der Ausrichtung der Wirtschaft sind Agrarprodukte die wichtigste Exporteinnahmequelle der paraguayischen Wirtschaft. Dabei ist der Export von Soja

Paraguay: Exporte nach Zielländern 2009



SÜDWIND 2011, Quelle: BCP, 2010

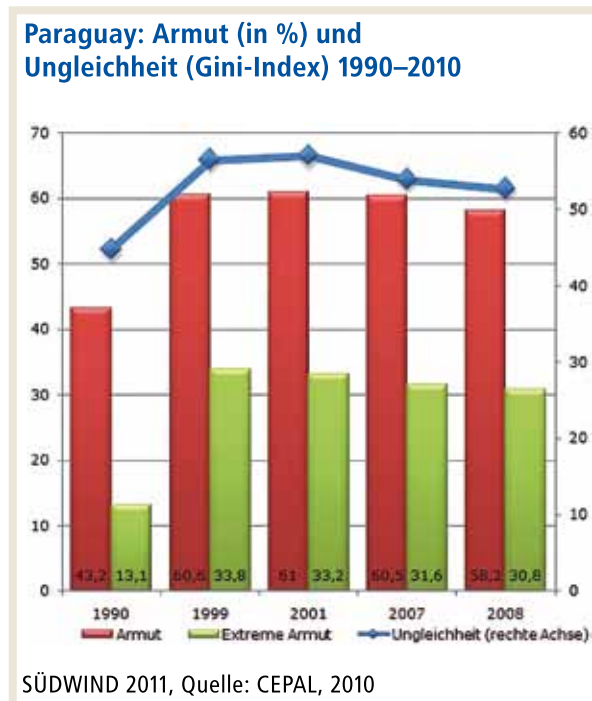


Sojafeld in Paraguay,
Foto: Flickr.com/ Olmo Calvo Rodríguez

International berichtet seit einigen Jahren über die prekäre Menschenrechtslage der indigenen Bevölkerung. Zugleich wurden zu Gunsten des Sojaanbaus die Waldbestände drastisch reduziert. Der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln konnte auch deshalb stark erhöht werden, weil große Teile der Sojaproduktion als Treibstoff und nicht als Nahrungsmittel genutzt werden und deshalb andere Grenzwerte für den Gebrauch von Agrochemikalien gelten. Nicht selten werden Schädlingsbekämpfungsmittel von Soja-Großgrundbesitzern aus Brasilien direkt gegen die indigene Bevölkerung eingesetzt, um diese aus ihren angestammten Ländereien zu vertreiben (vgl.

Amnesty International, 2009: o.P.).

Wie wirkte sich nun die Weltwirtschaftskrise in dieser Situation aus?



Diese Entwicklung lässt sich auf das gesamte Land übertragen. Nachdem die Wirtschaft von 2003 bis 2008 ein stabiles jährliches Wachstum von bis zu 6,8 % erlebte, schrumpfte sie 2009 aufgrund der Dürre und der Weltwirtschaftskrise um 3,8 %. In 2010 erwirtschaftete Paraguay dagegen ein Rekordwachstum.

3.1.3 Soziale Ungleichheit und soziale Spannungen

Paraguay gilt als ein Land mit einer sehr hohen Einkommenspolarisierung: Ca. 40 % des Gesamteinkommens verteilen sich auf 10 % der wohlhabenden Bevölkerung, 85 % des Grundbesitzes liegen in den Händen von 2,6 % der Bevölkerung. Die Einkommensunterschiede sind damit in Paraguay mit einem Gini Index von derzeit 55 (siehe Grafik) auch im lateinamerikanischen Vergleich sehr groß, wo der Index bei durchschnittlich 51 liegt (vgl. CEPAL, 2009).

Zuweilen kommt es zu schweren Konflikten zwischen Soja anbauenden Großgrundbesitzern auf der einen Seite und den Kleinbauern und indigenen Völkern auf der anderen Seite. Dabei wurden bis 2007 rund 100.000 Bäuerinnen und Bauern sowie indigene Gruppen gegen ihren Widerstand umgesiedelt. Amnesty

► 3.2 Ansteckung an die Finanzkrise 2008/09

3.2.1 Direkte Ansteckung über das Bankensystem

Das paraguayische Finanz- und Bankensystem ist kaum in das Weltfinanzsystem integriert und konnte aus diesem Grund die Finanzkrise relativ unbeschadet überleben. Der Anteil an Krediten von Privatbanken ist in Paraguay sehr gering. Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) lag der Anteil der Kredite bei ausländischen Banken bei weniger als 20 % des BIP (zum Vergleich: in den europäischen Transformationsländern wie Ungarn liegt der Wert bei 60 %). Von diesen 20 % stammten tatsächlich nur 4 % aus dem Ausland. Der Rest waren Kredite von Filialen ausländischer Banken, die sich aber über entsprechende Einlagen in heimischer Währung finanzierten. Darüber hinaus hielten die Banken in Paraguay kaum US-amerikanische Hypothekenscheine in ihrem Portfolio (vgl. CADEP, 2009).

Die Ansteckung über die Finanzmärkte erfolgte also nicht direkt über einen Abzug von Kapital. Indirekt erreichte die Krise das paraguayische Kreditwesen aber über die Verknappung von Krediten.

3.2.2 Kredite wurden teuer

In Folge der Finanzkrise hoben internationale Finanzinstitutionen wie der IWF die Anforderungen bei der Vergabe von Krediten, und die Kreditzinsen stiegen generell. In Paraguay spürten dies besonders die Produzenten von Grundnahrungsmitteln und die Viehzüchter. Nach Angaben der paraguayischen Zentralbank (BCP) sind die Kredite für den Agrarsektor bis Ende 2008 um 43,5 % angestiegen. Der Zinssatz ist von 18 % in 2007 auf ca. 30 % in 2009 angestiegen.

3.2.3 Die Ansteckung über die Weltwirtschaft – Rückgang der Exporteinnahmen

Infolge der internationalen Finanzkrise ist die Nachfrage nach und der Preis für Agrarprodukte stark zurückgegangen, was einen Einbruch der Exporteinnahmen Paraguays zur Folge hatte. Insbesondere der Wert von Sojabohnen ging stark zurück: In der Spitze ließ der Preis um bis zu 27 % nach.

Sojabohnen werden in Chicago an der Terminbörse CBOT gehandelt: Ein Scheffel Soja (ca. 7,2 Kilogramm) kostete in Chicago im Juli 2008 16,63 US-Dollar – so viel wie nie zuvor. Daran war vor allem der hohe Ölpreis schuld, der die Biodieselnachfrage kräftig anheizte. Da aus Sojabohnen Biodiesel hergestellt werden kann, hatte die Nachfrage nach Sojabohnen Hochkonjunktur. Mit dem Crash beim Ölpreis kam der Crash bei den Sojapreisen: Sie brachen im Dezember 2008 bis auf 7,79 US-Dollar ein.

Dieser Preiseinbruch überlappte sich mit den Folgen einer lang andauernden Dürreperiode im selben Jahr, die dazu führte, dass die Landwirte zusätzlich zu einem geringeren Preis auch noch verkraften mussten, dass die für den Verkauf zur Verfügung stehende Menge an Sojabohnen deutlich geringer war als in den Vorjahren. Nach Angaben des IWF verzeichnete Paraguay 2009 ein negatives BIP-Wachstum von –3,8 %, nach einem Plus von 5,8 % im Vorjahr (vgl. IMF, 2010b).

Der Landwirtschaftssektor verzeichnete 2009 wegen der Dürre einen starken Rückgang (–23,8 % 2008, Vorjahr +10,5 %). Größere Verlierer waren ebenfalls der Transportsektor mit –7,5 % und die Forstwirtschaft mit –5 %. Positiv hervorzuheben sind in diesem schwierigen Jahr die Unternehmensdienstleistungen mit einem Plus von 11,5 % und die Finanzdienstleistungen mit einem Wachstum um 8 %. Der Bereich der industriellen Produktion blieb unverändert schwach entwickelt. Die Preissteigerungsrate fiel 2009 mit 2,3 % sehr moderat aus.

„Reexportaciones“, d.h. das Weiterleiten von importierten Gütern insbesondere nach Brasilien, spielen in Paraguay für die Handelsbilanz eine ähnlich wichtige Rolle wie der Export von im Land hergestellten Agrarprodukten wie Soja oder Fleisch: Zwischen 40 % und 50 % der Importe Paraguays werden insbesondere nach Brasilien weitergeleitet. Folglich führte der starke Rückgang der Nachfrage in Brasilien gleichfalls zu stärkeren Einnahmerückgängen in Paraguay. Paraguay ist ein Binnenland. Seine Lage als Grenzgebiet zu den größten Volkswirtschaften des Mercosur wurde als idealer Standort von Schmugglern benutzt: Insbesondere Tabakprodukte, aber auch Drogen und elektronische Produkte werden illegal zwischen Argentinien und Brasilien durch Paraguay geschmuggelt (vgl. BBC, 2011: o.P.). Eine Analyse des „Index für die monatliche Wirtschaftstätigkeit Paraguays“ (IMAEP) der paragu-

ayischen Zentralbank (BCP) zeigt, dass die Finanzkrise in den ersten Monaten des Jahres 2009 Paraguay mit voller Wucht getroffen hat. Wie schon Ende 2009 auch durch günstige klimatische Bedingungen abzusehen, kehrte sich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Anfang 2010 radikal um. Mit knapp 11% weist Paraguay allein im ersten Quartal 2010 die höchste Wachstumsrate nicht nur Lateinamerikas, sondern der Welt auf. Dabei hat die landwirtschaftliche Produktion mit 28 % Wachstum erneut den wichtigsten Beitrag geleistet.

3.2.4 Öffentliche Finanzen bleiben gesund

Die internationale Finanzkrise hat in Paraguay in den Jahren 2008 und 2009 anders als in vielen Ländern der Welt keinen Rückgang der Staatseinnahmen bewirkt. Stattdessen gab es sogar einen leichten Haushaltsüberschuss von 0,1 % des BIP im Jahr 2009. Trotz des Wachstumseinbruchs sind sowohl die Steuereinnahmen als auch die Gebühren, die Brasilien für die Nutzung des Stroms aus den beiden großen binationalen Wasserkraftwerken Itaipú und Yacyretá zahlt, stabil geblieben. Die Einnahmen aus den Abführungen der Kraftwerke kommen mit 6 % für knapp die Hälfte der Steuereinnahmen des Landes auf (vgl. GTal, 2010b: o.P.). Die Steuerbelastung für Unternehmen ist in Paraguay sehr gering. Überdies zahlen Privatpersonen wei-

terhin keine Einkommensteuer.⁴ Die Steuereinnahmen des Landes kommen demnach aus Quellen, die von der Finanzkrise nicht beeinträchtigt wurden.

3.2.5 Rücküberweisungen gingen nur leicht zurück

Seit 2003 erlebten die Auslandsüberweisungen in Paraguay ein stetiges Wachstum, das sich in den Jahren 2006 und 2007 beschleunigte. Im Jahr 2007 trugen sie mit 2,8 % zum Bruttoinlandsprodukt des Landes bei. Im Jahr 2008 stammten 87 % der Rücküberweisungen paraguayischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten vor allem aus Spanien und den USA (CADEP – OFIP, 2009: 8). Beide Länder erlebten infolge der Finanzkrise einen starken Rückgang der Wirtschaftsleistung. Besonders der Bausektor, in dem viele Migrantinnen und Migranten tätig sind, litt in diesen Ländern an der Krise. Angesichts dieser Situation ist der Rückgang der Rücküberweisungen nach Paraguay um 1 % im Jahr 2009 mild, für die betroffenen Familien aber sehr schmerzhaft. Auffällig ist, dass die Überweisungen aus Argentinien gleich geblieben sind und sich damit die Einkünfte aus Rücküberweisungen etwas stabilisiert haben.

3.2.6 Entwicklungshilfe

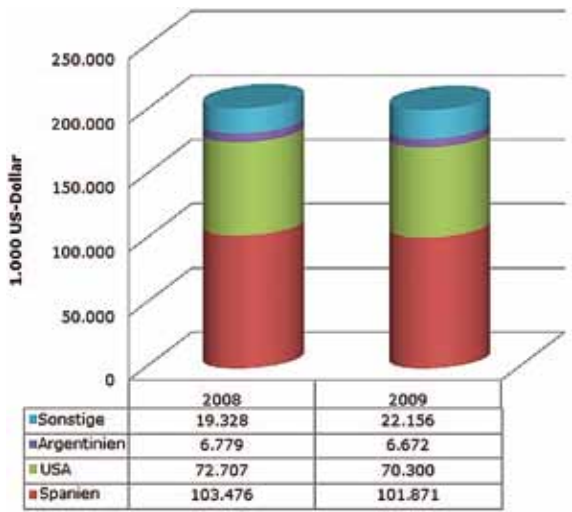
Laut den offiziellen Daten der OECD beliefen sich die errechneten Nettoströme für die Entwicklungshilfe in Paraguay für die letzten drei Jahre (2001, 2002 und 2003) auf jeweils 61, 57 und 51 Mio. US-Dollar, was einer rückläufigen Tendenz entspricht. Die zehn wichtigsten Geber für den Zeitraum 2002–2003 waren laut OECD (in Mio. US-Dollar): Japan (47), Ver-



Das Kraftwerk Itaipú an der Grenze zu Brasilien, Foto: Flickr.com/ Jorge Andrade

4 Paraguay ist das einzige Land Lateinamerikas ohne Einkommensteuern. Der Versuch, Einkommensteuer einzuführen, wurde 2010 vom Senat rückgängig gemacht, diesmal gleich mit einer Suspendierung bis 2013. Diese Ablehnung wurde vom Parlament unter dem Vorwand der internationalen Finanzkrise abgelehnt. (vgl. CEPAL, 2010).

Paraguay: Deviseneinnahmen aus den Auslandsüberweisungen



SÜDWIND 2011, Quelle: CADEP, 2010

einigte Staaten (13), EG und Spanien (8), Deutschland (7), Mittel und Zuschüsse der Interamerikanischen Entwicklungsbank (4), Frankreich, Niederlande, Schweden und Kanada (1). Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, wurde ein erheblicher Anteil (28,5 %) der gesamten Entwicklungshilfe von der EU als Ganzes erbracht, d.h. von den Mitgliedstaaten einerseits und der Gemeinschaft andererseits (EU, 2007).

Die Entwicklungszusammenarbeit wurde auch in Folge der Krise nicht negativ beeinflusst wie die folgende Tabelle zeigt:

Einnahmen	2007	2008	2009
Öffentliche EZ (Mio. US-Dollar)	108	134	148
Bilateraler Anteil	79 %	76 %	80 %

Quelle: OECD

► 3.3 Sozialpolitik der Regierung

Angesichts hoher Einkommensunterschiede und weitverbreiteter, zum Teil extremer Armut hat die 2008 gewählte Mitte-Links Regierung um Präsident Lugo ein Programm mit Transferzahlungen an Familien in extremer Armut ins Leben gerufen. Dieses an Bedingungen gebundene Programm half, die Auswirkungen von Dürre und Wirtschaftskrise zu mildern. Die über das Programm erreichten Familien konnten im Jahr 2009

von 13.000 auf 88.000 erhöht werden. 2010 konnte mit diesem Programm sogar 120.000 Familien geholfen werden. Dennoch zählt Paraguay im Vergleich zu den lateinamerikanischen Staaten zu den Ländern mit dem höchsten Anteil der Bevölkerung in extremer Armut, wenn auch die Armut in 2008 gegenüber 2007 um 2 % zurückgegangen ist.

► 3.4 Fazit

Im Jahr 2009 ist die Wirtschaft von Paraguay um 3,4 % geschrumpft. Dieser Einbruch ist allerdings nur in geringem Maße auf die weltweite Finanzkrise zurückzuführen. Denn der Einbruch der Agrarexporte im Jahr 2009 geht nicht nur auf den Rückgang der internationalen Nachfrage nach Soja zurück, sondern auch auf die negativen Auswirkungen der Dürre, die das Land heimgesucht hat. Schon im Jahr 2010 haben sich sowohl die Exporte als auch die Gesamtwirtschaft weitgehend erholt. Der World Economic Outlook der Weltbank prognostizierte Paraguay ein Rekordwachstum von 9 % (vgl. IMF 2010c: 80). Dass der Einbruch im

Jahr 2009 weder die Staatseinnahmen noch die soziale Lage der Ärmsten stärker getroffen hat, liegt an der antizyklischen Politik der Lugo-Regierung. Durch massive Transferzahlungen an arme Familien hat sie eine weitere Verschärfung der Armutssituation verhindert.

Allerdings bleiben die Armuts- und Ungleichheitsindikatoren in Paraguay auf hohem Niveau. Die Ausweitung der Sojaproduktion wird auf Kosten einer massiven Umweltzerstörung und der Vertreibung indigener Völker von ihren Ländereien in Kauf genommen.

4. Tansania

Tansania:

Bevölkerungszahl: 42 Mio. (2010, gesch.)
BIP: 21 Mrd. US-Dollar (2009)
BIP pro Kopf: 509 US-Dollar (2009)
Staatsschulden: 45,53 % des BIP (2009)
Gini Index (Einkommensverteilung): 34,6 (2000)
Anteil der Bevölkerung in extremer Armut: 88,52 % (2000)

Rohstoffe: Zinn, Phosphat, Eisenerz, Kohle, Diamanten, Edelsteine, Gold, Erdgas, Nickel
Exportgüter: Gold, Kaffee, Cashewnüsse, Industrieerzeugnisse, Baumwolle
Handelspartner Export: 8,51 % Indien, 7,55 % China, 7,12 % Japan, 6,21 % Niederlande, 5,71 % Vereinigte Arabische Emirate, 7,17 % Deutschland
Importgüter: Konsumgüter, Maschinen und Transportzubehör, industrielle Rohmaterialien, Erdöl
Handelspartner Import: 13,97 % Indien, 13,71 % China, 7,8 % Südafrika, 6,89 % Kenia, 4,65 % Vereinigte Arabische Emirate, 4,34 % Japan (2009)

Human Development Index: 148 von 169 (Low Human Development, 2010)
Alphabetisierungsrate (ab 15 Jahre): 73,2% (2009)
Anteil der Geburten, die von Fachpersonal begleitet wurden: 43,4 % (2005)
Sterblichkeitsrate vor dem 5. Lebensjahr: 104 von 1.000 Kindern (2008)
Religion auf dem Festland: 30 % Christen, 35 % Muslime, 35 % indigene Glaubensrichtungen
Religion auf Sansibar: mehr als 99 % Muslime

Quellen: CIA; World Bank; UNDP, 2010; UNStats, 2010.



► 4.1 Einleitung

Tansania gehört zu den Gebieten, in denen Deutschland eine koloniale Verantwortung trägt. Nach einer knapp 100-jährigen Phase deutscher und später englischer Kolonialherrschaft erlangte das Land am 9. Dezember 1961 unter dem Namen „Republik Tanganyika“ seine völkerrechtliche Unabhängigkeit. 1964 schlossen sich die Nachbarinseln Sansibar und Pemba mit dem Festland zur „Vereinigten Republik Tansania“ zusammen. Erster Präsident der jungen Republik wurde Mwalimu Julius Nyerere, der bis 1985 zusammen mit der Einheitspartei „Chama Cha Mapinduzi“ (CCM – Partei der Revolution) regierte. Die während des Unabhängigkeitskampfes erworbene breite Anerkennung der CCM, die charismatische Autorität von Nyerere, sowie die Abwesenheit einer klar dominanten ethnischen Gruppe trugen zur Entwicklung eines stark ausgeprägten Nationalbewusstseins in Tansania bei. Dies äußert sich auch in einer für afrikanische Verhältnisse lang anhaltenden politischen Stabilität. Die frühe Verschmel-

zung von Partei und Staat und die Bereitstellung von wichtigen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen durch den Staat wurden zu zentralen Eckpfeilern der nationalen Politik (vgl. Evans, 2001).

Auch nach Einführung von Mehrparteienwahlen ab 1995 ist die CCM die wichtigste Partei Tansanias. Sie hat seither alle Präsidenten- und Parlamentswahlen gewonnen. Lediglich auf der muslimisch geprägten semi-autonomen Insel Sansibar konnte sich eine nennenswerte Opposition herausbilden. Bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober 2010 wurde der Präsident Kikwete für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt, musste aber erstmals deutliche Verluste hinnehmen. Dennoch konnte er noch rund 61 % der Stimmen auf sich vereinen.

Auf einer Fläche, etwa so groß wie Deutschland und Frankreich zusammengekommen, leben rund halb

so viele Menschen wie in Deutschland (42 Mio.), wovon drei Viertel der Bevölkerung auf dem Land leben. Das Land ist stark abhängig von der Landwirtschaft, die rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und in der 80 % der Arbeitskräfte beschäftigt sind. Zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukten zählen Kaffee, Tabak und Baumwolle (vgl. BoT, 2010: 19). Die Regierung hat in den vergangenen Jahren die Ausgaben in diesem Sektor auf 7 % des Staatshaushaltes erhöht (vgl. CIA: o.P.). Der Dienstleistungssektor ist mit fast der Hälfte am BIP beteiligt, bedeutend ist hier der Tourismus. Der Export von Gold hat im letzten Jahrzehnt ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Betrug die Einnahmen noch im Jahr 2000 weniger als 5 % der Exporte, sind es nun – auch dank des stetig gestiegenen Goldpreises – fast ein Drittel der Exporte (IMF, 2010a: 19). Andere mineralische Rohstoffvorkommen umfassen u.a. Nickel, Uran, Erdgas und in geringerem Umfang Zinn, Phosphate, Eisenerz, Kohle und Diamanten.

Tansania gehört, gemessen am Pro-Kopf-Einkommen von nur 509 US-Dollar im Jahr, zu den ärmsten Ländern der Welt. Zu Beginn des Jahrtausends lebten 89 % der Bevölkerung von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag (UNDP, 2010) bzw. 37,6 % unter der nationalen Armutsgrenze (vgl. ESRF, 2009: 1). Das Land konnte aber in den vergangenen Jahren in Bezug auf soziale Indikatoren aufholen: Zwischen 2000 und 2010 verbesserte Tansania seine Position im Human Development Index von Rang 163 auf Rang 148. Armut ist vor allem ein ländliches Phänomen: 80 % der Armen leben auf dem Land (vgl. Aikaeli, 2010: 1). Hier lebt ein Großteil der Bevölkerung von der Subsistenzwirtschaft oder ergänzt das Einkommen aus einer nicht landwirtschaftlichen Arbeit mit der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte für den Eigenbedarf. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 56,9 Jahren. 2008 gab der Staat immerhin 6,8 % des BIP für Bildung aus, was deutlich über dem Durchschnitt in Subsahara-Afrika liegt (vgl. CIA: o.P.).

► 4.2 Die Wirtschaftskrise 2008/09

4.2.1 Entwicklungen vor der Krise

In den vergangenen Jahren konnte das Land sehr hohe Wachstumsraten verzeichnen. Zwischen 2002 und 2008 erreichte Tansania ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7,2 % (vgl. BoT, 2009: 1). Diese Entwicklung liegt unter anderem begründet in der Ausweitung der Exportproduktpalette im Bereich der nicht traditionellen Produkte. Hier ist vor allem der Goldexport zu nennen, aber auch der Tourismus. Eine Reihe struktureller Reformen, u.a. im Bankensektor, haben darüber hinaus Direktinvestitionen erleichtert, die zunächst vor allem in den Bergbau flossen. In letzter Zeit fließen diese Investitionen ebenfalls in stärker beschäftigungswirksame Bereiche wie den Tourismus, die Landwirtschaft und die verarbeitende Industrie (vgl. IWF, 2009b: 56). Dennoch hätten die Wachstumsraten deutlich höher ausfallen können, hätten nicht externe Schocks das Land negativ beeinflusst. Hier sind die Dürreperiode und der Ernteausfall 2006 sowie der dramatische Anstieg der Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise 2008 zu nennen. Zudem haben auch die hohen Wachstumsraten kaum dazu beigetragen, dass die Einkommensarmut auf dem Land und in der Stadt nennenswert reduziert wurde (vgl. GoT, 2010: 7). Betrachtet man den Zeitraum 2000–2007, der gekennzeichnet ist durch sehr hohe Wachstumsraten, zeigt sich ledig-

lich eine minimale Reduktion der Armutsrate: Die Zahl derjenigen, die unter der nationalen Armutsgrenze leben, hat sich nur von 38,7 % auf 37,6 % verringert (vgl. ESRF, 2009: 1).

Die Exporte waren ein wichtiger Wachstumsfaktor vor der Krise: 2008 wuchs der Export um 22,7 % nach einem Anstieg von 19,1 % im Jahr 2007. Rund 34 % der Exporte gingen in die Länder der EU und 21,8 % nach Asien (vgl. OECD, 2010a: Macroeconomic Policy, o.P.). Vor allem mit Indien (8,5 %) und China (7,6 %) werden die asiatischen Abnehmer tansanischer Waren immer wichtiger. Die wachsenden Handelsbeziehungen nach Asien haben auch die Exporte verarbeiteter Produkte deutlich befördert, die 2008 um 36,4 % anstiegen. Durch die Gründung der East African Customs Union haben aber auch die Exporte in die afrikanischen Nachbarländer erhebliche Zuwächse verzeichnet. 2008 waren die Exporte nach Kenia, Uganda, Ruanda und Burundi viermal so hoch wie noch 2004 (vgl. OECD, 2010a: Macroeconomic Policy, o.P.).

Weiterhin konnte Tansania im Rahmen der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie (National Strategy for Growth and Reduction of Poverty, NSGRP oder MKU-KUTA) in einigen sozialen Bereichen durchaus Erfolge verzeichnen: So konnte neben den Einschulungsraten

vor allem auch die weiterführende Schulbildung deutlich ausgebaut werden. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wurde zwischen 2005 und 2010 verdreifacht. Ein solcher Ausbau in so kurzer Zeit bringt allerdings immer auch Ausstattungsprobleme mit sich. Diese äußern sich in Tansania durch einen Mangel an Lehrkräften, Schulbüchern und schulischer Infrastruktur. In einigen Gemeinden mussten die neuen Schülerinnen und Schüler beispielsweise ihre eigenen Bänke und Stühle mitbringen.

In anderen Bereichen, wie dem Zugang zu sauberem Trinkwasser oder dem Ausbau der Gesundheitsversorgung, waren zwar ebenfalls Erfolge zu verzeichnen, sie blieben allerdings hinter den Erwartungen zurück.⁵

Trotz hoher Wachstumsraten in der Vergangenheit sind die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung lang-

⁵ So konnte beispielsweise durch eine bessere Ernährung der Kinder, durch eine verbesserte Malariavorsorge und einen stärkeren Schutz vor einer HIV-Übertragung von Mutter zu Kind die Sterblichkeit der Säuglinge von 99 (bei 1.000 Lebendgeburten) im Jahr 1999 auf 58 im Jahr 2008 gesenkt werden. Die Kindersterblichkeit, der unter 5-Jährigen, sank im gleichen Zeitraum von 147 auf 91 (vgl. OECD, 2010a: Social Context and Human Resource Development, o.P.).

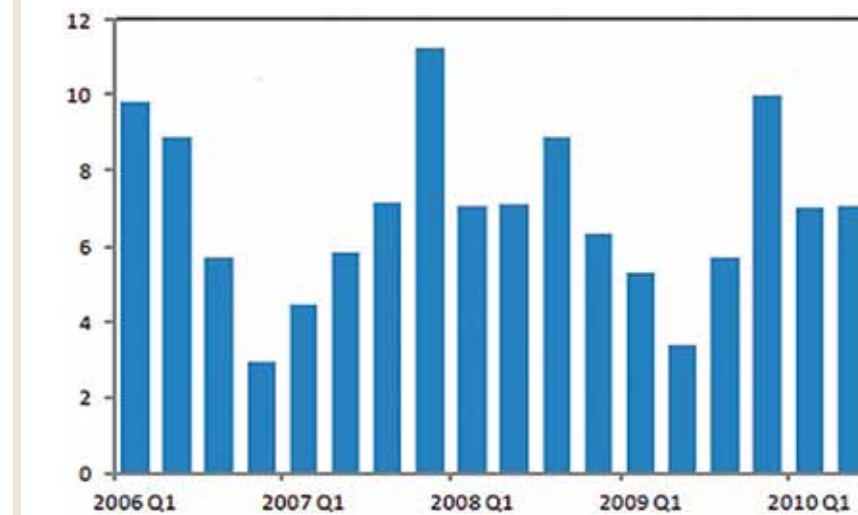
sam. Noch immer lebt über ein Drittel der tansanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und die Einkommen sind ungleich verteilt. Der Zugang zu sozialen Dienstleistungen verbessert sich nur langsam und konzentriert sich auf die städtischen Zentren. Insbesondere der schlechte Zugang zu Gesundheitsdiensten und deren Gebühren sind für viele Menschen nicht nur auf dem Land noch immer unbefriedigend. Zur Bekämpfung dieser Probleme legte Tansania eine zweite Nationale Strategie für Wachstum und Armutsbekämpfung (National Strategy for Growth and Reduction of Poverty – NSGRP) auf, die 2010/2011 in Kraft tritt.

Obgleich Tansania in den vergangenen Jahren erfolgreich Maßnahmen zur effizienteren Erhebung und Eintreibung von Steuereinnahmen umgesetzt hat, sind die Regierungsausgaben noch stärker gestiegen als die einheimischen Ressourcen. Als Folge ist die Abhängigkeit von externer Hilfe ebenfalls weiter gestiegen. Zwischen 1996 und 2008 betrugen die Mittel aus der internationalen Zusammenarbeit insgesamt 12,5 % des BIP aus dem genannten Zeitraum. Der tansanische Haushalt ist auch 2009/2010 noch zu einem Drittel fremdfinanziert, was immer noch 10 % des BIP entspricht (vgl. OECD, 2010a: Macroeconomic Policy, o.P.).



Tansanische Grundschule in der Nähe von Arusha, Foto: Flickr.com/ Peve.de

Tansania: Reales Wirtschaftswachstum 2006–2010 in %



SÜDWIND 2011, Quelle: IMF, 2010a

4.2.2 Ansteckungsweg: Welthandel und Tourismus

Im Zuge der Krise ging das Wirtschaftswachstum von 7,5 % (2008) auf 6,0 % (2009) zurück. Ab September 2008 bis Mitte 2009 waren die Einbrüche besonders spürbar, danach erholte sich die Lage bereits wieder (s. Grafik). Für die Jahre 2010 und 2011 rechnet der IWF mit Wachstumsraten von 6,5 % bzw. 6,7 %. Noch im April 2008 hatte der IWF in seinem World Economic Outlook Raten von jeweils 8,0 % für diesen Zeitraum prognostiziert. Über einen Zeitraum von drei Jahren musste demnach das Wachstum um rund 1,5 % nach unten korrigiert werden (vgl. IWF, 2008 und 2010). Damit liegt Tansania aber immer noch deutlich über dem regionalen Durchschnitt und hat die Krise im internationalen und regionalen Vergleich relativ gut überstanden.

Das liegt vor allem daran, dass der entscheidende Wachstumsfaktor – die Exporte – zwar nicht mehr die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre erzielen konnte, mit 11,8 % (im Haushaltsjahr 2008/09, also unmittelbar nach der Krise) aber immer noch deutlich anstieg.

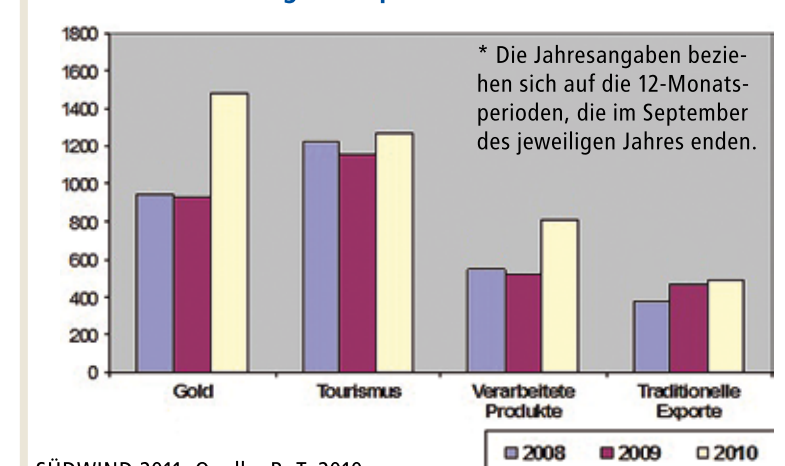
Dieses Wachstum kam nicht durch den Rohstoffexport zu Stande. Die Einnahmen aus dem Export von Gold waren 2008–2009 vorerst sogar aufgrund von Produktionsengpässen

rückläufig (s. Grafik). Das Wachstum bei den Rohstoffexporten ging insgesamt deutlich zurück: Vor 2007 konnte der Sektor noch jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich rund 15 % verzeichnen, 2008 waren es dann nur noch 2,5 % und 2009 sogar nur 1,2 %. Vor allem die Weltmarktpreise für die Exportprodukte Diamanten, Nickel, Aluminium und Tanzanite gingen deutlich zurück und schmälerten die Einnahmen. Von dem dramatischen Preisverfall für

Tanzanite (50 %) waren vor allem auch Kleinschürfer betroffen. Ihr Einkommen und auch ihre Beschäftigungsmöglichkeiten gingen erheblich zurück. Berücksichtigt man, dass von jedem Bergbauarbeiter indirekt drei weitere Menschen abhängig sind, die Nahrung und Dienstleistungen bereitstellen, waren vom Preisverfall bei den Rohstoffen wesentlich mehr Menschen betroffen (vgl. ODI, 2010a: 9). Verschärft wurde die Situation dadurch, dass sich viele Unternehmen mit neuen Investitionen zurückhielten.

Dank weitgehend guter Wetterbedingungen konnten demgegenüber vor allem die Exportmengen der traditionellen Exportprodukte (Kaffee, Baumwolle und Tabak) deutlich erhöht werden, die somit den Verfall der Rohstoffpreise auffangen und trotzdem Steigerungen erzielen konnten (s. Grafik). Hier machte sich auch die

Tansania: Entwicklung der Exporte 2008–2010 in Mio. US-Dollar



SÜDWIND 2011, Quelle: BoT, 2010

* Die Jahresangaben beziehen sich auf die 12-Monatsperioden, die im September des jeweiligen Jahres enden.



Tansanische Schilling, Foto: Flickr.com/ Kevin Harber

verhältnismäßig breite Exportpalette positiv bemerkbar, da sie die Anfälligkeit für massive Preiseinbrüche bei einzelnen Produkten senkt. Neben Gold ist beispielsweise auch der Preis für Tee stabil geblieben. Die Preise für die anderen Exportprodukte sind zwar gefallen, aber in der Regel nicht unter das Niveau von 2007. Zudem wurden die Landwirte ermuntert, im Zuge der Krise ihre Exportpalette weiter zu diversifizieren und in die Produktion anderer Nahrungsmittel wie Mais, Maniok, Weizen, Gemüse u.a. zu investieren. Damit sollten auch die Ernährungssicherheit im Land und neue Exportmöglichkeiten angesichts weltweiter Engpässe bei der Nahrungsmittelproduktion gesichert werden (vgl. ODI, 2010a: 5).

Gleichzeitig reduzierten sich durch den gesunkenen Ölpreis die Importausgaben für diesen Rohstoff um fast 15 %. Die Regierung nutzte diesen Umstand, um die lokalen Preise und somit auch die Produktions- und Transportkosten entsprechend zu senken (vgl. ODI, 2010a: 11). Auch die gesunkenen Nahrungsmittelpreise entlasteten Tansanias Importrechnung. Ein weiterer Schutz der tansanischen Regierung bestand darin, dass im Zuge der neu gegründeten Zollunion die Nachbarländer immer wichtigere Handelspartner geworden waren. Sie waren von der Krise, ebenso wie Tansania selbst, sehr viel weniger betroffen als die USA oder Europa. Hinzu kommt, dass sich die Preisentwicklung der

⁶ Das Haushaltsjahr in Tansania geht von Juli bis Juni des darauf folgenden Jahres.

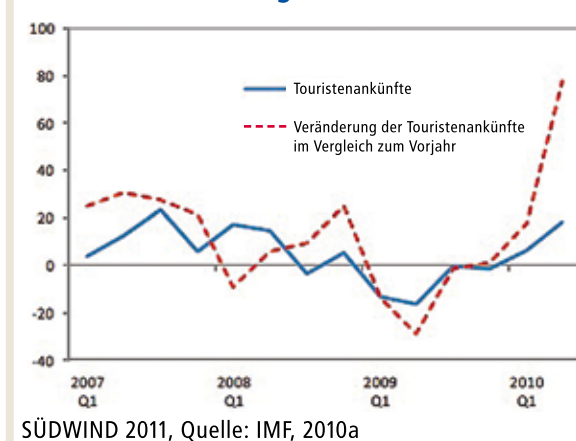
Exportprodukte allgemein schon ab Mitte 2009 wieder umkehrte und so für 2010 wieder deutliche Steigerungen verzeichnet werden konnten (s. Grafik).

Dass sich die Handelsbilanz dennoch bis Juni 2009 um 9,9 % verschlechterte, liegt vor allem am Anstieg der Importe (vgl. BoT, 2009: 9).⁶ Dies ist unter anderem auf den deutlichen Wertverlust zurückzuführen, den der tansanische Schilling nach Ausbruch der Finanzmarktkrise erlitt und der die Importe verteuerte. Trotz entsprechender Eingriffe der Zentralbank, die zur Kontrolle des Wechselkurses kräftig Dollar auf den Markt schmiss, verschlechterte sich der Kurs des tansanischen Schillings (TSh) von 1.163 TSh pro US-Dollar unmittelbar vor Ausbruch der Krise auf 1.313 TSh pro US-Dollar im Juni 2009 (vgl. BoT, 2009: 24). Bis Ende des Jahres 2009 konnte sich der Wechselkurs auf diesem Niveau stabilisieren und verlor insgesamt im Jahresdurchschnitt 2009 10,2 % an Wert (vgl. OECD, 2010a: Macroeconomic Policy, o.P.).

Umgekehrt führte der Wertverlust des Schillings aber auch dazu, dass Finanzzuflüsse in fremder Währung mehr Schilling einbrachten. Das konnte die sinkenden Weltmarktpreise für die Exportprodukte teilweise ausgleichen und erhöhte den Wert der Entwicklungshilfe.

Die Rezession im Welthandel machte sich für Tansania zunächst vor allem im Dienstleistungssektor bemerkbar. Während dieser 2007 noch um 22,7 % gewachsen war, lag das Wachstum 2008 nur noch bei 6,6 %. Da der Transithandel über den Hafen von Dar es Salaam abnahm, sanken hier die Einnahmen. Auch die geringere Zahl von Touristen im Land ließ die Einnahmen in diesem Bereich sinken. Der Tourismus ist der am schnellsten wachsende Sektor in Tansania und trägt etwa 16 % zum BIP und 25 % zu den Fremdwährungseinnahmen

Tansania: Entwicklung der Touristenzahlen



bei. Die meisten Touristen kommen aus den USA und Europa, also Regionen, die besonders stark von der globalen Krise betroffen waren. Entsprechend blieben die Touristenzahlen im Jahr 2008 15 % hinter den Erwartungen zurück. Damit wurden statt der veranschlagten 49,9 Mrd. TSh in diesem Sektor nur 41,6 Mrd. TSh erzielt (vgl. ODI, 2010a: 6). Die Regierung reagierte auch hier mit verstärkter Werbung für Tansania als Reiseland sowohl in den betroffenen Überseeregionen als auch auf dem einheimischen Markt. Eine deutliche Erhöhung einheimischer Touristen konnte daher Verluste in dem Sektor teilweise ausgleichen (vgl. ODI, 2010a: 7). Zudem war im Tourismussektor der Trend bereits ab der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder rückläufig und die Touristenzahlen erreichten ab Mitte 2010 wieder das Vorkrisenniveau (s. Grafik).

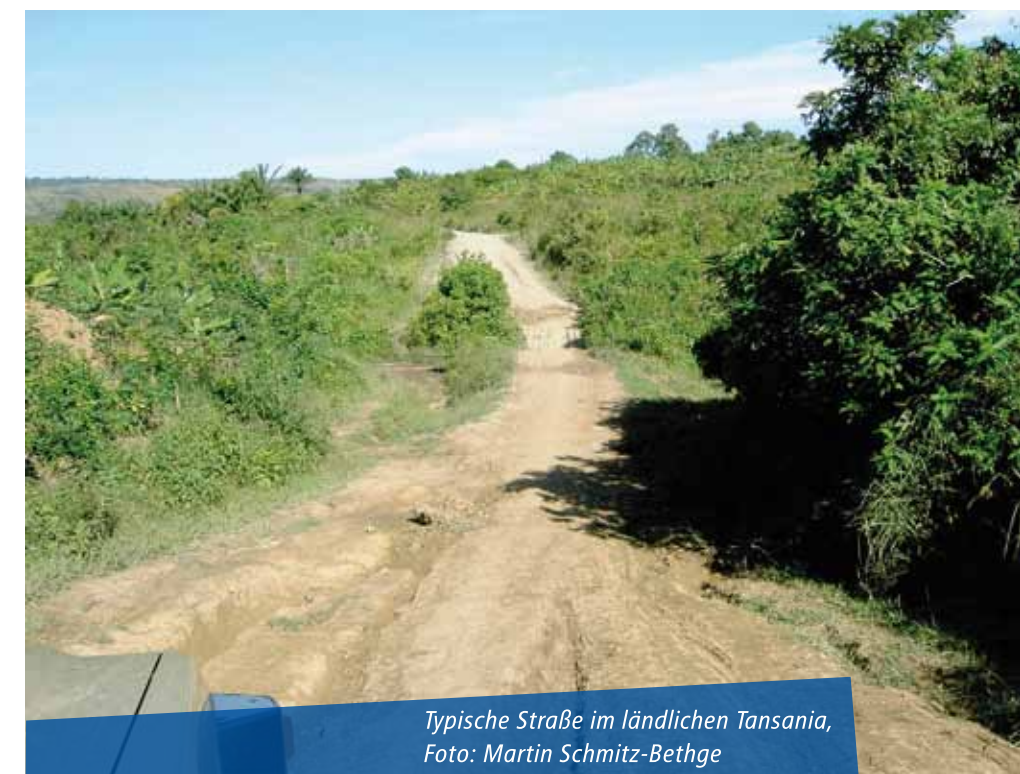
4.2.3 Direkte Ansteckung über die Kapitalmärkte

Insgesamt hat der Finanzsektor in Tansania die Finanzkrise sehr gut überstanden, was sich auf die schwachen Verbindungen der lokalen Banken zum internationalen Geschäft zurückführen lässt. Nur 11 % des Gesamtvermögens im Bankensektor waren Auslandsguthaben. Zudem unterliegen auch ausländische Banken der Aufsicht und dem Recht Tansanias und agierten somit wie nationale Banken. Unmittelbar nach der Krise stiegen die Kredite an den privaten Sektor deutlich weniger als noch vor der Krise. Einige Institutionen, die auch den produktiven Sektor mit Krediten versorgten, verzeichneten Liquiditätsengpässe. Dank der expansiven Geldpolitik der Regierung und spezieller Hilfen für die Banken konnten diese Engpässe allerdings rasch überwunden werden.

Von der vorübergehenden Kreditklemme waren Kleinunternehmer am stärksten betroffen. Dies betraf auch viele Frauen, die für die Gründung eines kleinen Unternehmens (Näherei, kleine Garküchen, Hühnchen- oder Gemüseproduktion etc.) von Krediten besonders abhängig sind. Die Krise hat vor allem diejenigen betroffen, die Kredite im Bereich des Marketing für agrarische Exportprodukte (Baumwolle, Kaffee, Tee) aufgenommen hatten. Auch Blumenexporteure gerieten teilweise in Rückzahlungsschwierigkeiten, da die Weltmarktpreise für ihre Produkte dramatisch zurückgegangen waren (vgl. ODI, 2010a: 5). Insgesamt blieb die Rate

der nicht bedienten Kredite aber gering (vgl. BoT, 2009: 35). Dennoch erhielten einzelne Banken Unterstützung über ein spezielles Hilfsprogramm der Weltbank und von anderen Geldgebern, darunter auch der tansanischen Regierung, um negative Effekte durch die verschlechterte Rückzahlungsquote aufzufangen.

Eine für Tansania sehr wichtige Auswirkung der Finanzmarktkrise war jedoch die geplatzte Staatsanleihe: Ende des Jahres 2008 wollte Tansania sich zum ersten Mal über eine Staatsanleihe auf den internationalen Finanzmärkten Kapital besorgen, und so dem Beispiel Ghanas aus dem Jahr 2007 folgen. Das Geld sollte vor allem für wichtige Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden. Nach Ausbruch der Krise wurden diese Pläne allerdings nicht umgesetzt, da Anleger gerade bei Investitionen in Entwicklungsländern zurückhaltend waren. Daher stand zu befürchten, dass die Anleihe nicht ausreichend gezeichnet werden würde (vgl. Schnee-weiß, 2010: 41f.). Mangelnde Infrastruktur wird nicht nur von der Regierung, sondern auch von weiten Teilen der Bevölkerung als eines der größten Entwicklungshemmnisse angesehen. Die aktuelle Armutsbekämpfungsstrategie (NSGRP II) vom Juli 2010 sieht erneut die Ausgabe von Staatsanleihen als Finanzierungsstrategie vor, sobald die Marktkonditionen dies erlauben. Die Verwendung der Einnahmen aus den Anleihen sollen ganz speziell den Finanzierungsprioritäten aus der aktuellen Strategie zugeführt werden.



Typische Straße im ländlichen Tansania, Foto: Martin Schmitz-Bethge

Infrastrukturprojekte, vor allem auf dem Land, stehen dabei im Zentrum des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses. Als vorrangig werden physische Infrastruktur und Bewässerungssysteme besonders in der Landwirtschaft, Energieversorgung und Telekommunikation angesehen (vgl. GoT, 2010: 97). Ein adäquater Zugang zu Märkten und ganzjährig befahrbare Straßen werden auch von weiten Teilen der Bevölkerung vor allem auf dem Land als vorrangig erachtet. 70 % der Straßen sind Staub- und Schlammwegen, 20 % sind Schotterpisten (vgl. Aikaeli, 2010: 11). In der Regenzeit wird der Transport damit zu einem schwierigen bis unmöglichen Unterfangen. Der daraus resultierende begrenzte Zugang zu Märkten ist wesentlich dafür verantwortlich, dass viele Menschen in der Subsistenzwirtschaft verharren und auch nicht-agrarische Kleinunternehmen allein auf die lokalen Märkte angewiesen sind. Rund drei Viertel der Einnahmen aus Handel, Dienstleistungen und Produktion werden auf dem lokalen Markt erwirtschaftet. Zwischen 15 % und 20 % werden auf der nächsten Ebene, dem Distrikt, erwirtschaftet. Nur ein verschwindend kleiner Teil kommt so auf die regionalen oder nationalen Märkte (vgl. Aikaeli, 2010: 11). Die verpasste bzw. verschobene Finanzierung über den Kapitalmarkt und somit indirekt die Finanzmarktkrise trug zur Verzögerung dieser wichtigen Investitionen bei.

4.2.4 Entwicklungsfinanzierung

Grundsätzlich hängt Tansania stark von externer Hilfe ab. Für das Haushaltsjahr 2008/09 hatte sich die Regie-

rung vorgenommen, diese Abhängigkeit abzubauen. Die geplanten Mehreinnahmen bei den Steuern konnten nach Ausbruch der Krise jedoch nicht erreicht werden. Auch mit dem darauf folgenden Haushalt ist eine deutliche Senkung der Abhängigkeit von der Entwicklungshilfe nicht abzusehen (vgl. OECD, 2010a: Macroeconomical Policy, o.P.). Die externe Entwicklungszusammenarbeit stagnierte, sank also nicht wesentlich ab, blieb aber hinter den Erwartungen zurück (vgl. BOT, 2009: 13). Hier ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass in dem angegebenen Zeitraum größtenteils bereits gemachte Zusagen umgesetzt wurden. Gerade bei der Entwicklungszusammenarbeit machen sich Krisen oft erst zeitversetzt bemerkbar, vor allem dann, wenn in den Geberländern die großen Spardiskussionen einsetzen. Die Entwicklung muss hier also weiter verfolgt werden.

4.2.5 Rücküberweisungen

Rücküberweisungen – für viele Länder ein wichtiger Bestandteil der Einnahmen – machen in Tansania nur 3 % der Fremdwährungseinnahmen aus. Die Datenlage zu diesbezüglichen Informationen ist der Bedeutung nach entsprechend dünn. Allerdings gibt es Untersuchungen, dass unmittelbar nach der Krise die Rücküberweisungen aus Uganda zurückgegangen sind (vgl. ODI, 2010a: 9). Angesichts der geringen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Rücküberweisungen sind hier allerdings vor allem Einzelpersonen betroffen.

► 4.3 Reaktionen der Regierung auf die Krise

Die vergleichsweise gute Ausgangsposition Tansanias und relativ komfortable Währungsreserven erlaubten es dem Land, antizyklische Maßnahmen zur Bewältigung der Krise durchzuführen. Zunächst unterstützte die Regierung Banken, die aufgrund nicht zurückgezahlter Kredite drohten, Engpässe zu erleiden. Insgesamt beliefen sich die Konjunktur fördernden Ausgaben auf über 2 % des BIP. Dies wurde von den Zahlungen des IWF aus einer speziellen Kreditlinie zur Krisenbewältigung zusätzlich unterstützt (vgl. IMF, 2010a: 5). Der landwirtschaftliche Sektor, der noch immer für mehr als zwei Drittel der tansanischen Bevölkerung die Lebensgrundlage darstellt, sollte dabei besonders berücksichtigt werden. Der Social Watch Bericht stellt dem jedoch die Tatsache gegenüber, dass die Ausgaben für die Landwirtschaft noch immer bei nur 6,5 % des

Haushaltes (für 2009/2010) liegen. Trotz jahrzehntelanger Bemühungen wird noch immer lediglich 1 % des Ackerlandes tatsächlich bewässert. Mit den Haushaltsmitteln sollte auch der Zugang zu sauberem Trinkwasser sowie zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen verbessert werden. Auswirkungen dieser Maßnahmen sind nur schwer zu erfassen. Üblicherweise dauert es aber gerade auf dem Land etliche Jahre, ehe solche Maßnahmen überhaupt greifen.

Die Regierung reagierte auch auf die Flaute beim Tourismus mit verstärkter Werbung sowohl in Übersee, also in den Hauptursprungsländern der Reisenden, als auch in Tansania selbst, um Ausfälle mit einheimischen Touristen zu kompensieren. Tatsächlich erreichten die Touristenzahlen bald wieder das Vorkrisenniveau.



Warten auf Touristen – Souvenirshops am Lake Manyara-Nationalpark, Foto: Martin Schmitz-Bethge

► 4.4 Der Rohstoffsektor: Motor für Entwicklung?

Seit den 1990er Jahren ist die Rohstoffförderung in Tansania auf dem Vormarsch. Diverse Bodenschätze, darunter Edelmetalle und -steine, Diamanten, Industriemineralien, Öl und Gas lagern noch in dem Land. Die Ausbeutung von Bodenschätzen stellt in vielen Entwicklungsländern mit oft schwachen institutionellen und politischen Strukturen, die nur wenig Kontrolle und Transparenz über die Förderung und die damit verbundenen Einnahmen zulassen, ein großes Problem dar. Viele Länder versuchen zudem, ausländische Direktinvestitionen in diesem Bereich über Steuervergünstigungen anzulocken. Zum Einen werden dadurch jedoch die Staatseinnahmen an den Bodenschätzen geschmälert, zum Anderen überwiegen oft die negativen Effekte des Bergbaus (Umweltverschmutzung, Konflikte mit der Bevölkerung, etc.), da oft nur sehr begrenzte Rückkopplungseffekte in Bezug auf die Beschäftigung und die Armutsminderung bestehen. Auch Tansania hat solche Steuervergünstigungen in großem Stil angeboten. Zwischen 2005/06 und 2008/09 entgingen dem Staat dadurch Einnahmen in Höhe von durchschnitt-

lich 1,2 % des BIP (vgl. OECD, 2010a: Public Resource Mobilisation, o.P.).

Im Hinblick auf etliche noch nicht angezapfte Rohstoffvorkommen und die hohen Wachstumsraten, die der Rohstoffsektor in den vergangenen Jahren erzielen konnte, gilt dieser Sektor für die tansanische Regierung als wesentlicher Wachstumsmotor mit großem Potenzial. Vor allem der steigende Goldpreis vergrößert die Bedeutung des Sektors stetig. Gegenwärtig werden mit dem Rohstoffexport immer höhere Exporteinnahmen erwirtschaftet. Dennoch trägt der Sektor nur 2,7 % zum BIP bei. Um den Sektor tatsächlich entwicklungsfördernd auszubauen, bedürfte es jedoch einer sehr viel engeren Verbindung mit lokalen Lieferketten, um stärkere Multiplikationseffekte erzielen zu können und somit auch mehr Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung zu schaffen. Die Weiterverarbeitung vor Ort sollte ebenfalls ausgebaut werden, um höhere Anteile an der Wertschöpfung im Land zu behalten. Hierfür bedarf es sowohl technischer, institutioneller und Management-

kapazitäten als auch Kapazitäten für den Umgang mit Umweltproblemen und -konflikten. Vor allem aber ist angesichts noch immer stark schwankender Rohstoffpreise eine zu große Abhängigkeit von einzelnen Rohstoffen für die Förderländer gleichzeitig eine große Gefahr.

Mit Blick auf die gegenwärtige Strategie der Armutsbekämpfung benennt die tansanische Regierung die oben genannten Grundvoraussetzungen für eine armutsorientierte Ausweitung des Rohstoffsektors und scheint um die Gefahren einer Rohstoffabhängigkeit zu wissen. Im Zentrum ihres armutsorientierten Wachstums stehen dementsprechend die Sektoren Tourismus und Landwirtschaft. Die Zielraten für den Abbau von Rohstoffen sind nur sehr moderat (Steigerung auf Wachstumsraten von 3,2 % bis 2015). Die tansanische Regierung plant zudem, die Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor über verbesserte Steuereinnahmen und reduzierte Steuervergünstigungen zu erhöhen. Hierfür wurde unter anderem im April 2010 ein neues Bergbaugesetz im Parlament verabschiedet. Höhere Lizenzgebühren, die nur sehr moderat je nach Rohstoff und

nur für zukünftige Projekte auf 4 bis 7 % erhöht wurden, eine neue Berechnungsgrundlage und neue Registriervorschriften sind Bestandteile dieses Gesetzes. Damit wurden allerdings lediglich die Lizenzgebühren dem Niveau anderer afrikanischer Staaten angepasst. Zudem wurden wichtige Aspekte zur institutionellen Stärkung, vor allem der Aufsicht und Kontrolle, nicht ausreichend in dem Gesetz verankert (vgl. The Citizen, 2010: o.P.).

So dürfte das häufige Misstrauen der lokalen Bevölkerung gegenüber neuen Bergbauprojekten vorerst bestehen bleiben. Denn Mangel an Information, Aufklärung und Mitsprache der lokalen Bevölkerung begleiten oft die Aktivitäten der Bergbauunternehmen (vgl. Kozcy, 2010: o.P.). Auch um eine zu große Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Rohstoffsektor zu vermeiden, sollte den Aspekten der institutionellen Stärkung sowie der Verbesserung von Kontrolle und Weiterverarbeitungskapazitäten im Land zunächst Vorrang vor einem raschen Ausbau des Rohstoffsektors eingeräumt werden.

► 4.5 Fazit

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die direkten Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Tansania glücklicherweise sehr gering waren. Das liegt vor allem daran, dass der Bankensektor weitgehend abgeschottet vom internationalen Bankgeschäft ist. Bei den indirekten Ansteckungswegen waren jedoch tatsächlich Einbußen vor allem im Bereich der Exportentwicklung und beim Tourismus zu verzeichnen. Das führte zwar dazu, dass über mehrere Jahre die Wachstumsraten zurückgingen, insgesamt war der Rückgang aber nicht so dramatisch wie zunächst befürchtet. Beim Tourismus konnte schon bald wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden. Auch eine relativ diversifizierte Exportpalette, Produktionssteigerungen im agrarischen Bereich und einige Exportprodukte, die kaum oder gar nicht unter Preisverfall litten, konnten Verluste bei den Exporten auffangen. Gleichzeitig machte sich der weltweite Preisverfall für Energie und Nahrungsmittel, die beide auf der Importliste Tansanias stehen, positiv bemerkbar.

Auch wenn die Entwicklungshilfe der Industrienationen zunächst nicht zurückging, handelt es sich hier allerdings um einen Bereich, der verzögert reagiert und

daher über einen längeren Zeitraum weiter verfolgt werden muss. Denn Tansania ist noch immer in hohem Maße abhängig von externer Finanzierung, und angesichts der hierzulande einsetzenden Spardiskussionen sind hier möglicherweise negative Effekte erst noch zu erwarten.

Abgeschottet ist aber nicht nur der nationale Finanzmarkt Tansanias vom internationalen Finanzmarkt. Auch innerhalb Tansanias sind bis heute weite Teile der – vor allem ländlichen – Bevölkerung vom nationalen Markt weitgehend abgeschottet. Vor allem wegen der schlechten Infrastruktur und mangelnden Vermarktungsmöglichkeiten ist Subsistenzwirtschaft noch weit verbreitet. Gleichzeitig produzieren auch viele Menschen mit einer nicht-landwirtschaftlichen Beschäftigung nebenbei Nahrung für den Eigenbedarf. Schlechte Wetterverhältnisse und ausbleibende Regenfälle beeinflussen die Menschen auf der Mikroebene daher sehr viel stärker als die große Finanzkrise und Ausfälle bei den Exporten oder geringere Wachstumsraten. Was also eigentlich ein wesentliches Entwicklungshemmnis Tansanias darstellt, hat in diesem Fall gewissermaßen als Schutz vor der großen Krise gedient.

5. Ungarn

Ungarn:

Anzahl der Einwohner: 10 Mio. (Juli 2010, geschätzt)
BIP: 128 Bio. US-Dollar (2009)
BIP pro Kopf: 38.029 US-Dollar (2009)
Staatsschulden (% des BIP): 78,26 % (2009)
Gini Index (Einkommensunterschiede): 27,3 (2000)
Armutsquote (ungarische Armutsgrenze: 9 Euro pro Tag): 30 % der Bevölkerung (2010)



Rohstoffvorkommen: Bauxit, Kohle, Erdgas, fruchtbarer Boden, landwirtschaftliche Nutzfläche
Exportgüter: 61,1 % Maschinen und Ausrüstung (Automobilzulieferung), 28,7 % andere Industrieerzeugnisse, 6,5 % Nahrungsmittel, 2 % Rohstoffe, 1,6 % Treibstoff und Elektrizität (2009, gesch.)
Handelspartner Export: 25,54 % Deutschland, 5,67 % Italien, 5,41 % Vereinigtes Königreich, 5,37 % Frankreich, 5,28 % Rumänien, 4,97 % Slowakei, 4,52 % Österreich (2009)
Importgüter: 50 % Maschinen und Ausrüstung, 11 % Treibstoff und Elektrizität, Nahrungsmittel, Rohstoffe
Handelspartner Import: 25,05 % Deutschland, 8,56 % China, 7,3 % Russland, 6,08 % Österreich, 4,73 % Niederlande, 4,51 % Frankreich, 4,14 % Slowakei, 4,13 % Italien, 4,07 % Polen (2009)
HDI Rang: 36 von 169 – Very High Human Development (2010)
Alphabetisierungsrate (ab 15 Jahre): 98,9% (2009)
Geburten, die von Fachpersonal begleitet werden: 99,7 % (2006)
Sterblichkeitsrate: 7 von 1.000 Kindern (2008)
Religion: 51,9% Römisch-katholisch, 15,9% Calvinistisch, 3% Lutherisch, 2,6% Griechisch-Orthodox, 1% andere christliche Glaubensrichtungen, 11,1% andere oder unspezifizierte Religionen, 14,5% ungebunden (Zensus, 2001)

Quellen: CIA; World Bank; UNDP, 2010; UNStats, 2010; Farkas, 2010; IMF, 2010d

► 5.1 Geschichtlicher Überblick

Als mitteleuropäisches Binnenland war Ungarn über die Jahrhunderte geprägt von meist gewaltsamen Einwanderungen und Gebietsstreitigkeiten. Herausragend waren dabei die Auseinandersetzungen mit den Osmanen, deren Herrschaft über Teile des Landes erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts beendet wurde. Von 1867–1918 war das Land Teil der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie, aus der es sich mit der Ausrufung zur Republik 1918 nach Ende des ersten Weltkriegs löste. In seinen jetzigen Grenzen besteht Ungarn erst seit 1947, als mit dem Pariser Frieden die ungarischen Grenzen von 1938 wiederhergestellt wurden. Nach dem zweiten Weltkrieg gehörte das Land bis 1989 dem Ostblock an, ging jedoch bereits seit Ende der 1960er Jahre eigene wirtschaftspolitische Wege. So konnten die Produktionsbetriebe selbstständig planen, und die Preise wurden ab 1980 an das Weltmarktniveau angepasst. Anfang der 1980er Jahre trat das Land

dem IWF bei und erhielt von dort einen Kredit, weil es im Zuge der Ölpreiskrise in Schwierigkeiten gekommen war. Wenig später wurde das erste Joint Venture zwischen einem westlichen Unternehmen aus Dänemark und einem ungarischen Unternehmen gegründet. Diese Tradition der Annäherung an den Westen führte 1989 dazu, dass Ungarn als erstes Ostblockland seine Grenzen nach Westen öffnete und auch Bürgern anderer Ostblockstaaten die Ausreise ermöglichte. Dies führte am 9. November 1989 letztlich zur Öffnung der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten.

5.1.1 Die Zeit der Transformation

Die über Jahrzehnte vorbereitete Annäherung an westliche Wirtschaftsstrukturen verschaffte Ungarn einen deutlichen Vorteil nach der Wende. Das ab 1990 in einer parlamentarischen Demokratie regierte Land ver-

folgte das Ziel einer zügigen Integration in westliche Wirtschaftsstrukturen.

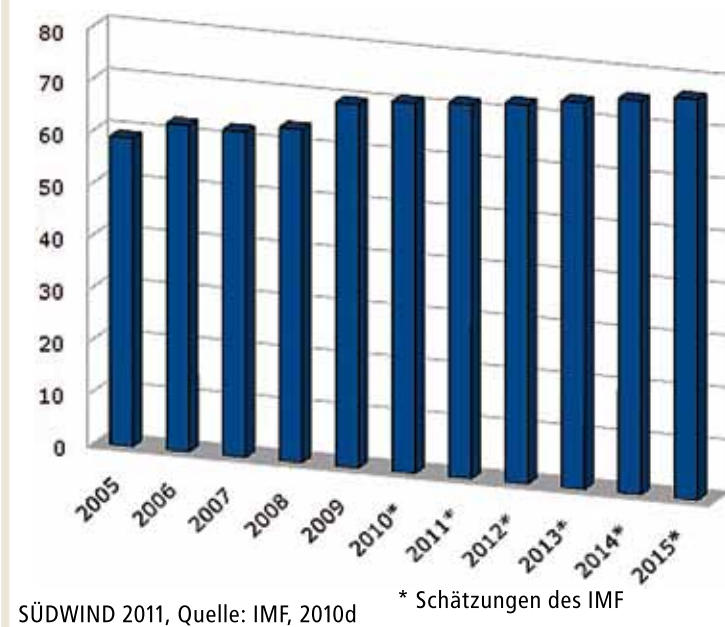
Um dies zu erreichen, setzten die Regierungen vor allem auf ausländische Direktinvestitionen, die mit Steuererleichterungen von bis zu 80 % (vgl. ITD Hungary, 2010: 9) angezogen wurden. Zusätzlich bemühte man sich um eine rasche Aufnahme in die EU, was im Zuge der Osterweiterung 2004 zur Realität wurde. Zudem band man ab 2001 die ungarische Währung Forint an den Euro (vgl. Österreichische Nationalbank, 2008: 12), mit dem Ziel einer raschen Übernahme der europäischen Währung. Zunächst schien diese Strategie aufzugehen. Ungarn wies zwischen 1997 und 2006 Wachstumsraten von durchschnittlich 4 % aus (vgl. World Bank: o.P.). Vor allem Unternehmen der IT-Branche und der Automobilindustrie siedelten sich in den neu entstehenden Industriegebieten im

Westen des Landes an. Banken und Warenhausketten aus Österreich, Deutschland und den USA gründeten landesweit Niederlassungen.

Die Kehrseite dieser Entwicklung ist jedoch, dass eine hohe Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen entstand und dass diese aufgrund der Steuernachlässe wenig zur Finanzierung des Staatshaushaltes beitrugen. So wuchs die Staatsverschuldung von 61,83 % (2005) auf 78,26 % des BIP im Jahr 2009 an (vgl. IMF, 2010d: o.P.). Ein weiterer gravierender Nachteil der Konzentration auf das Anwerben ausländischen Kapitals war jedoch, dass diese Investitionen nicht zu einem dauerhaften Anheben des Beschäftigungsgrades führte, der seit den 1990er Jahren bei um die 50 % liegt und damit der niedrigste der ehemaligen Ostblockländer ist. Vergleichsweise niedrige Arbeitslosenzahlen um die Jahrtausendwende verschleiern diesen Umstand, da sich die Mehrheit der Arbeitslosen nicht meldet (vgl. Molnár, 2011).

Dem Problem der Unterbeschäftigung liegt zu Grunde, dass Anfang der 1990er Jahre die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen zusammenbrachen, da die Wirtschaft auf die Lieferung von Industriegütern und Agrarprodukten in Ostblockländer ausgerichtet war. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit wurde nicht von den ausländischen Unternehmen aufgefangen, da in diesen schätzungsweise lediglich 50.000 Menschen beschäftigt waren (vgl. Molnár, 2011). Es bildete sich

Staatsverschuldung Ungarns (in % am BIP)



auch nicht, wie erhofft, eine umfassende Zulieferkette aus einheimischen Unternehmen für diese ausländischen Niederlassungen, die einen nennenswerten Beschäftigungsimpuls hätte setzen können. So blieb das beachtliche Wachstum des Landes ein so genanntes „Jobless growth“, d.h. ein Wachstum, das kaum Arbeitsplätze schafft (vgl. Molnár, 2011).

Während also vor allem der Osten des Landes mit seinen veralteten Industrien verarmte, entstanden vor allem um Budapest Enklaven westlichen Reichtums. Diese zogen den Rest des Landes jedoch nicht mit, sondern hoben sich lediglich von ihm ab.

In dieser Situation nahmen sowohl der Staat als auch private Haushalte Kredite auf. Damit finanzierte die Regierung, häufig mit Unterstützung der EU, Infrastrukturmaßnahmen, die den ausländischen Unternehmen zugute kamen. Außerdem versuchte sie das Wohlstandsniveau zu heben, indem sie beispielsweise die Löhne von staatlichen Angestellten verdoppelte und neben einem 13. Monatsgehalt auch eine 13. Rente einführte (vgl. Hassel, 08.04.2009: o.P.). Privatleute erwarben mit diesen Krediten Wohnimmobilien und Autos sowie andere Konsumgüter. In Folge betrug die Auslandsverschuldung Ungarns im Jahr 2008 51,3 % des BIP (55 Mrd. Euro), wovon 69 % der Kreditschulden auf Privatleute entfielen und nur 31 % auf den Staat (vgl. Losoncz, 2009: 1).

► 5.2 Die Finanzkrise 2008/09

Unterbeschäftigung, das wachsende Haushaltsdefizit des Staates und vor allem die hohe Auslandsverschuldung der privaten Haushalte machten das Land sehr verwundbar. In 2006, dem Jahr in dem Ungarn der Eurozone beitreten wollte, erreichte das Staatsdefizit 9 % und lag damit dreimal so hoch wie für einen Beitritt zulässig (vgl. IHK Ulm, 10.02.2011: o.P.). Seit diesem Jahr befindet sich das Land in einer offenen Krise. Der Staat war gezwungen, Sparmaßnahmen zu ergreifen, wie zum Beispiel Steuererhöhungen oder die Restrukturierung der Gesundheits-, Renten- und Transportsysteme bei einer simultanen Kürzung von Subventionen in diesen Bereichen (vgl. Dempsey, 11.03.2007: o.P.). Dies senkte die Inlandsnachfrage und in Folge das Bruttoinlandsprodukt deutlich und nachhaltig. Noch im Jahr 2006 wuchs die Wirtschaft um 4 % des BIP, aber schon 2007 nur noch um 1 % und 2008 um 0,6 % des BIP. 2009 brach die Wirtschaft völlig ein und reduzierte sich um 6,3 % des BIP (vgl. GTaI, 2010: 1). Das Land war also bereits geschwächt, als Ende 2008 die Finanzkrise ausbrach. Zudem hatte es sich den internationalen Kapitalmärkten völlig geöffnet, so dass ausländische Investoren ihr Kapital ohne jede Kontrolle oder Gebühr abziehen konnten und die Währung abstürzte. In dieser Situation war Ungarn das erste Land, das in Folge der Finanzkrise kurz vor dem Staatsbankrott stand und über einen Notkredit vom IWF und der EU gerettet werden musste.

In Ungarn waren damit die Finanzmärkte der bedeutendste Ansteckungsweg, über den die Krise das Land erreichte. An zweiter Stelle kam der Einbruch des Welt Handels, der dem von ausländischen Unternehmen aufgebauten Exportsektor zu schaffen machte. Anders als in Entwicklungsländern waren rückläufige Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und Hilfszahlungen für das Land als Ansteckungsweg irrelevant.

5.2.1 Ansteckung über die Finanzmärkte 2008/2009

Ungarische Banken hielten keine Subprimekredite. Sie unterhielten auch keine Schattenbanken in Off-Shore Zentren. Stattdessen verlief die Ansteckung vielmehr über die im Zuge der Krise einsetzende Kapitalflucht aus vermeintlich unsicheren Währungen, wie beispielsweise dem ungarischen Forint, in sichere Währungen wie den US-Dollar, den Euro und Schweizer

Franken. Dies war die denkbar ungünstigste Entwicklung für Ungarn.

Die ausländischen Unternehmen schufen in Ungarn nach der Wende zwar keine ausreichenden Verdienstmöglichkeiten. Banken aus Österreich, Deutschland und den USA, die Niederlassungen in Ungarn gegründet hatten, boten der Bevölkerung aber Hypotheken- und Konsumkredite an. Um diese für die Bevölkerung erschwinglicher zu machen, lauteten sie überwiegend auf einer Fremdwährung, bevorzugt auf Schweizer Franken. Für Kredite auf Schweizer Franken lag der Zinssatz um bis zu 10,5 % unter dem Satz für auf Forint laufende Kredite und immer noch um 2,25 % unter dem Zinssatz von Eurokrediten (vgl. McCormick / Mnyanda, 2010: o.P.). Die ungarische Notenbank hielt die Zinsen der heimischen Währung hoch, um die Inflationsgefahr einzudämmen, während die schweizerische Notenbank niedrige Zinsen festlegte. Bis 2008 wurden rund 1,6 Millionen Hypothekenkredite in Fremdwährungen an Privathaushalte vergeben, 82 % davon in Schweizer Franken (vgl. Krizter, 2010: o.P.). Dies bedeutet bei einer Bevölkerung von 10 Millionen, dass nahezu jeder zweite Privathaushalt einen solchen Kredit hält. Die Aufnahme von Fremdwährungskrediten mit dem Ziel, die niedrigen Zinsen in dieser Währung zu nutzen, ist in der Regel mit hohen Risiken verbunden und wird vor allem von Spekulanten in so genannten „Carry Trades“ verwendet. In Ungarn stieg nun fast jeder zweite Haushalt in einen solchen Carry Trade ein.⁷ Risiken, die damit verbunden sind, werden vielen Hypothekenschuldnern in Ungarn im Gegensatz zu den professionellen Spekulanten nicht klar gewesen sein.

Der ungarische Forint: Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, Foto: Flickr.com/ Zoltán Horlik



⁷ So beurteilt dies auch die Bank für internationalen Zahlungsausgleich in ihrem Quartalsbericht von September 2010.

Verteuert sich der Franken gegenüber dem Forint, so müssen die Schuldner monatlich entsprechend höhere Abtragungen leisten. Genau dies geschah in der Finanzkrise. Während Schuldner vor der Krise zwischen 160 und 175 Forint für einen Schweizer Franken zahlten, schnellte der Kurs des Franken Anfang 2009 auf über 200 Forint hoch und blieb mit einigen Unterbrechungen bis Anfang 2011 auf diesem Niveau. Für die Hälfte der Hypothekennehmer, also 800.000 Haushalte, geriet damit die Rückzahlung des Kredits in Gefahr. 120.000 Hypotheken wurden Anfang 2011 bereits über drei Monate nicht mehr bedient (vgl. Molnár, 2011). Große Teile der Mittelschicht des Landes sind dadurch in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten (vgl. Zsugyel, 2011; Molnár, 2011).

5.2.2 Ansteckung über den Welthandel

Bereits vor der Krise war Ungarn von einer niedrigen Beschäftigungsrate und Armut besonders in jenen Gegenden, in denen die alten Industrien des Ostblocks abgebaut wurden, geprägt. Mit der Finanzkrise treten zu dieser alten, ungelösten Problematik Probleme in den neuen Industrien hinzu. Aufgrund des Einbrechens der Nachfrage im In- und Ausland reduzierte sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 7 %. Die Industrieproduktion ging ab September 2008 im Zwölfmonatsvergleich um 5,3 % zurück. Maßgeblich für diesen Rückgang war eine sinkende Nachfrage in der Exportindustrie. Vor allem Kfz-Teile und Produkte der Konsumelektronik wie Fernseher und Mobiltelefone wurden in

Westeuropa angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit weniger nachgefragt. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg in dieser Situation von 7,5 % Anfang 2007 auf 11,8 % im April 2010 (vgl. Farkas, 2010: 65). Schon Anfang 2009 erwarteten Arbeitsmarktexperten den Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen allein im Jahr 2009. Betrachtet man den Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit, wird dies eingetreten sein (vgl. Huthmacher, 2009: 7).

Neben dem Rückgang der Exporte brach auch die Binnennachfrage 2009 um 7,5 % ein (vgl. European Commission, 2010: 114), was auf die Verarmung weiter Teile der Mittelschicht zurückzuführen ist.

5.2.3 Konkrete Folgen

Angesichts geringer Beschäftigungsraten und niedriger Löhne und Renten war Armut in Ungarn auch schon vor der Krise ein Problem. Die Finanzkrise hat jedoch dazu beigetragen, dass dieses Problem auf weite Teile der Mittelschicht übergreift.

Offizielle Armut beginnt in Ungarn bei einem monatlichen Einkommen von unter 270 Euro, einer Summe, mit der man gerade das Lebensnotwendige kaufen kann. Unter oder an dieser Schwelle lebten in Ungarn 2010 rund 30 % der Bevölkerung. Eine Million Bürgerinnen und Bürger leben in permanenter Armut und sozialer Ausgrenzung. Dies betrifft vor allem, aber bei weitem nicht nur die 600.000 Roma, die in dem Land leben. Die Sozialhilfe erreicht nur 20 % dieser Menschen, so dass inzwischen 20.000 bis 25.000 Kinder in Ungarn hungern und 100.000 an Mangelernährung leiden (vgl. Farkas, 2010: 64f.).

Es gibt viele Anzeichen dafür, dass sich die mit der Finanzkrise weiter verschärfte Verarmung großer Teile der Bevölkerung in Ungarn hartnäckiger halten wird, als die von der Finanzkrise ausgelöste zusätzliche Verarmung in vielen Entwicklungsländern. Denn Ende 2010 gab es weder konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems der Überschuldung privater Haushalte mit Fremdwährungskrediten, noch hatte

sich die Beschäftigungssituation nennenswert verbessert.

In dieser Situation erhalten alte Ressentiments frischen Zündstoff: Lang gehegte Vorurteile gegen Roma mutieren im Zuge wirtschaftlicher Not zu sozialem Unfrieden. Gewalttätige Auseinandersetzungen führten in den Jahren 2008 und 2009 zum Tod von zehn Roma. Bei den Wahlen 2010 erhielt die rechtsradikale und Roma-feindliche Partei „Jobbik“ 17 % der Wählerstimmen (vgl. Farkas, 2010: 64; Escritt, 2009: o.P.).



Alltägliche Armut in Ungarn, Foto: Flickr.com/ Klearchos Kapoutsis

János Zsugyel, Vorsitzender des Rechnungshofes der Ungarischen Evangelischen Kirche beschreibt die Folgen der Krise für die Mittelschicht in einem Interview folgendermaßen:

„Die durchschnittliche Rente beträgt ungefähr 300 Euro, das Durchschnittsgehalt 700 Euro. Da sich die Eurokurse von 230 Forint für einen Euro auf 280 Forint für einen Euro verschlechterten, bedeutet es bei nominal unverändertem Einkommen eine Verminderung des Lebensstandards um 20–25 %. Die Rentner erleben eine radikale Kürzung der Pensionen (13. Monatsgehalt wurde gestrichen). Sie sind teilweise nicht mehr in der Lage, die Wohnkosten fristgerecht zu bezahlen. Die Ersparnisse in Wertpapieren entwerteten sich auch radikal. Besonders stark betroffen waren die privaten Rentenfonds, die ungefähr 30 % ihres Wertes

verloren. Schlimmer aber ist die Lage für diejenigen, die früher Kredite aufgenommen haben und in der Krise arbeitslos wurden. Das gilt insbesondere für diejenigen, die – infolge der verantwortungslosen Beratung und Kreditvermittlung – sich in Yen oder Schweizer Franken verschuldet haben, da der Forint gegenüber diesen Devisen noch stärker an Wert verlor als gegenüber dem Euro. Da vorwiegend Menschen der Mittelschicht die Kredite in Anspruch nahmen, verloren diese plötzlich Arbeit, Wohnung und Wagen, und das heißt, dass sie nochmals von vorne anfangen müssen. Die jüngeren Jahrgänge können natürlich nach der Krise wieder Arbeit finden, für über 50-jährige besteht aber fast nicht die Möglichkeit, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

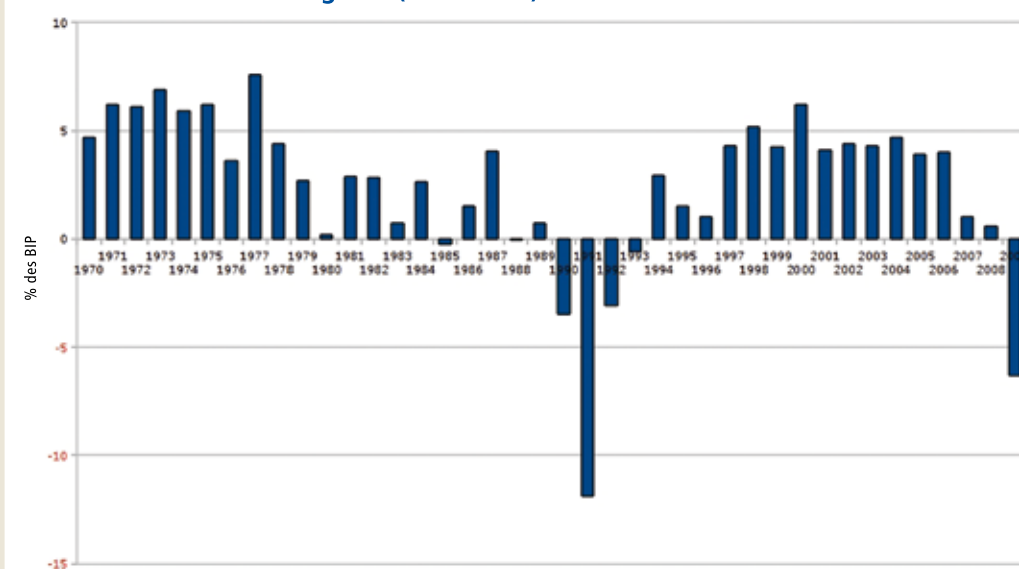
Auszug aus einem Interview mit der Autorin im Januar 2011

► 5.3 Staatliche Maßnahmen

Anders als die meisten Industrieländer und eine Reihe von Schwellenländern war Ungarn im Jahr 2008 nicht in der Lage, der Finanzkrise mit einem Konjunkturpaket zu begegnen. Bei einer Verschuldung von 77 % des BIP und einem Haushaltsdefizit von 3,7 % (vgl. OECD, 2010b: o.P.) gab es keinerlei Spielraum für zusätzliche Ausgaben. Im Gegenteil: Angesichts der desolaten Haushaltslage und der Bedingungen, die an das Ret-

tungspaket des IWF, der EU und der Weltbank in Höhe von insgesamt 20 Mrd. Euro geknüpft wurden (FAZ.net, 29.10.2008: o.P.), sind die ungarischen Regierungen seit 2008 gezwungen, Einsparungen vorzunehmen. So wurde das 13. Monatsgehalt für staatliche Angestellte und Rentner gestrichen, die Gehälter für öffentlich Angestellte wurden erneut um 15 % gekürzt und die Budgets einer Reihe von Ämtern und Minis-

Wirtschaftswachstum Ungarns (1970–2009) in % des BIP



SÜDWIND 2011, Quelle: World Bank

terien zusammengestrichen (vgl. Pester Lloyd, 2010: o.P.).

Die seit Mitte 2010 bestehende Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán beschränkt sich jedoch nicht nur darauf, Kosten zu sparen. Gleichzeitig soll auch die Einnahmesituation des Landes verbessert werden. Aus seinem umfassenden Maßnahmenpaket ragt besonders die auf drei Jahre befristete Sondersteuer in Höhe von 6,5 % des Nettoumsatzes für ausländische Unternehmen heraus (vgl. Seidel, 2010: o.P.). Diese konnten aufgrund der sehr günstigen Investitionsbedingungen in den Jahren vor der Krise, regelmäßig zweistellige Gewinne erzielen. Besonders ausländische Banken, die durch nachlässige Beratung das Problem der Fremdwährungskredite an Privathaushalte mit verursacht hatten, verzeichneten in den Boomjahren vor 2006 einen Nachsteuergewinn von 15–25 % (vgl. GTaI, 2011: o.P.). Eine finanzielle Beteiligung an der Überwindung der Krise scheint nur fair.

Den in Not geratenen Kreditnehmern griff der Staat unter die Arme, indem er deren Räumungen aussetzte. Geplant ist, das Problem langfristig über einen staatlichen Fonds zu lösen, der die nicht bedienten Hypothekenkredite sowie die beliebten Häuser übernimmt und zum Vermieter der ehemaligen Besitzer wird. An-

gesichts der Tatsache, dass 800.000 Kredite von durchschnittlich 35.000 Euro (vgl. Molnár, 2011) in Gefahr sind und 120.000 dieser Kredite seit über drei Monaten nicht mehr bedient wurden (Stand. Anfang 2011), liegt das Ausmaß des Problems bei zwischen 4 und 28 Mrd. Euro. Es ist fraglich, ob ein bereits um 20 Bio. US-Dollar überschuldeter Staat eine solche, zusätzliche Belastung tragen können (vgl. IMF, 2010d:o.P.).

Die staatliche Reaktion auf die Krise steckt also, abgesehen von einigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich, noch in den Anfängen. Die neue Regierung unter Victor Orbán, die über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügt, setzt auf einen ungarischen Weg jenseits der bisherigen, sehr hohen Abhängigkeit von ausländischen Investoren. Wie dieser genau aussehen soll und ob er erfolgreich sein wird, ist noch unklar. Bedenklich stimmt jedoch, dass angesichts der seit 2006 bestehenden und sich Ende 2008 dramatisch verschlimmernden Wirtschaftskrise die ungarische Bevölkerung traumatisiert und die politische Elite des Landes völlig zerstritten ist (vgl. Molnár, 2011). Hinzu kommen rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen in Teilen der ungarischen Bevölkerung. Es bleibt abzuwarten, wie es dem Land gelingt, sich aus diesem Krisenszenario heraus in eine positive Richtung zu entwickeln.

► 5.4 Forderungen

An Ungarn zeigen sich die Gefahren der unkontrollierten Öffnung eines Landes für ausländische Investitionen und Kapitalmärkte. Während die Investoren über Jahre hohe Gewinne erzielten, trugen sie kaum zur Lösung der Unterbeschäftigung in Ungarn bei. Stattdessen verschärften sie die Folgen der Wirtschaftskrise für das Land durch die unverantwortliche Vergabe von Fremdwährungskrediten.

Anstatt die unkontrollierte Öffnung von Märkten und Kapitalmärkten zu propagieren, was vielen Entwicklungsländern in der Vergangenheit zum Verhängnis wurde, sollten Modelle entwickelt werden, wie ausländisches Kapital tatsächlich gewinnbringend für beide Seiten eingesetzt werden kann. Länder wie Brasilien und Chile haben gezeigt, dass eine Kontrolle der Kapitalströme möglich und für die Entwicklung eines Landes sinnvoll ist.

Die hohe private und öffentliche Schuldenlast schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten Ungarns in den kommenden Jahren massiv ein. Dies gilt umso mehr, als das Wirtschaftswachstum sich angesichts der hohen Schulden, der öffentlichen Sparmaßnahmen und der sinkenden Bevölkerung in engen Grenzen halten wird. In dieser Situation muss gefordert werden, dass die Gläubiger sowohl privater als auch öffentlicher Schulden an den Folgen einer unverantwortlichen Kreditvergabe beteiligt werden. Darüber hinaus sollte ein internationales Schiedsverfahren für die faire Behandlung von Staaten, die insolvenzgefährdet sind, eingerichtet werden. Das Beispiel Ungarn zeigt auch, dass ein internationaler Konsumentenschutz auch und gerade bei Finanzdienstleistungen etabliert werden muss, um die Bürger vor den unlauteren Angeboten ausländischer Banken und Versicherungen aus dem Ausland zu schützen.

6. Die Lehren aus der Krise

► 6.1 Schlimme Befürchtungen und eine Vielfalt von Auswirkungen

Als die Finanzkrise Ende 2008 mit dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers ihre dramatischste Phase erreichte, fragten sich Entwicklungsexperten, welche Auswirkungen dies nun auf Entwicklungsländer haben wird. Die lateinamerikanische Schuldenkrise in den 1980er Jahren und die Asienkrise Ende der 1990er Jahre hatten gezeigt, dass Finanzkrisen dieser Größenordnung zur Verarmung breiter Bevölkerungsteile einschließlich großer Teile der Mittelschicht führen können und man befürchtete Schlimmes.

Bereits Anfang 2009 hatte der IWF die vier Ansteckungswege ausgemacht, über die die Krise den Süden erreichen wird (vgl. IMF, 2009a). Neben den großen Organisationen wie der Weltbank und dem IWF, arbeiteten auch eine Reihe nationaler Entwicklungsinstitute, wie das Overseas Development Institute (ODI), das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und das britische

Hilfswerk Oxfam daran, die Auswirkungen der Krise zu beschreiben. Sehr wertvoll war es, dass mit den Berichten von Oxfam und dem ODI auch sozioempirische Studien vorliegen, die nicht nur von den volkswirtschaftlichen Zahlen ausgehen, sondern auch Ergebnisse von Interviews mit Gruppen aus betroffenen Bevölkerungsteilen einschließen. Außerdem führten die Autoren dieser Studien für die Länderberichte auch Interviews mit Experten vor Ort durch, um möglichst aktuelle Eindrücke aus den Ländern gewinnen zu können.

In der Tat zeigen gerade die sozial-empirischen Studien, dass die Betroffenheit einzelner Entwicklungsländer in Bevölkerungsgruppen so groß ist, dass Familien Hunger leiden müssen und Kinder nicht mehr zur Schule gehen können. Andere Berichte zeigen eine eher milde und vorübergehende Notlage z.B. im tansanischen Tourismussektor.

► 6.2 Einige Gemeinsamkeiten

Insgesamt ergibt sich ein sehr buntes Bild äußerst unterschiedlicher Betroffenheit, das nur wenige allgemeine Aussagen zulässt. Einige Gemeinsamkeiten gibt es trotzdem:

So hat sich die Finanzkrise insgesamt nicht so verheerend auf Entwicklungsländer ausgewirkt, wie zunächst befürchtet. Die Zahlen im Bezug auf die Auswirkungen der Krise auf die Anzahl armer Menschen wurden von Anfang 2009 bis Ende 2009 von Entwicklungsorganisationen nach unten korrigiert: Prognostizierte man Anfang 2009 noch 222 Millionen neue Arme (vgl. GIVAS, 2009: 2), spricht das ODI im Jahr 2010 von 50–100 Millionen neuen Verarmten im Zuge der Finanzkrise (vgl. ODI, 2010b: ix). Die direkte Ansteckung über die Finanzmärkte hat alle untersuchten Länder erreicht. Von einem – oft nur vorübergehenden – Verfall der Währung und der Verteuerung und Verknappung von Krediten wird darüber hinaus aus den allermeisten Entwicklungs- und Schwellenländern berichtet, selbst wenn die Betroffenheit ansonsten eher gering ist. Entgegen anderslautender Prognosen gibt es Hinweise darauf, dass selbst Niedrigeinkommensländer, die nur schwach in die internationalen Finanzmärkte inte-

griert sind, unter einer Kreditklemme zu leiden hatten (vgl. ODI, 2010b: vii).

Die Ansteckung über die Wirtschaft war dagegen nur in bestimmten Regionen zu spüren. Sie wirkte dort verheerend, wo die Exportwaren wenig differenziert waren, also ein Land sich in hohem Maße z.B. auf die Herstellung von Textilien oder einen einzigen Rohstoff wie Kupfer konzentriert hatte. Negativ wirkte sich zudem aus, wenn Industrieländer die Hauptabnehmer für diese Ware waren. Demgegenüber hatten diejenigen Länder in der Krise einen deutlichen Vorteil, die Handelsbeziehungen zu Schwellenländern wie Brasilien und China aufbauten und außerdem eine diversifizierte Palette an Exportgütern anbieten konnten.

Die Folgen der verschlechterten Arbeitsmarktsituation im Norden auf die Arbeitsmigrantinnen und -migranten und deren Rücküberweisungen wurden beim Ausbruch der Krise ebenfalls überschätzt. Ursprüngliche Befürchtungen, dass Migrantinnen und Migranten in Scharen wieder nach Hause ziehen würden, waren unbegründet. Einen solchen Rückzug hat es selbst aus den stark von der Finanzkrise betroffenen

Ländern wie Spanien und den USA nicht gegeben. Dennoch sanken die Rücküberweisungen aus diesen Ländern deutlich. Im Zuge dieser Krise erhöhten sich diese Zahlungen an Bedürftige in Entwicklungsländern nicht weiter, was in den vorangegangenen Jah-

ren der Fall gewesen war. Seit Ausbruch der Finanzkrise konnten viele Ausreisewillige, beispielsweise aus Indonesien, nur schwer eine Stelle im Ausland finden. Die Krise ist daher vor allem für entgangene Chancen verantwortlich.

► 6.3 Unsichtbare Folgen der Krise und verpasste Chancen

Die Finanzkrise 2008 hat auf Entwicklungsländer insgesamt, neben den Auswirkungen, die sich in volkswirtschaftlichen Daten und konkreten Beispielen abbilden lassen, auch eine Reihe von unsichtbaren Folgen in Form verpasster Chancen. Diese verpassten Chancen könnten sogar größer sein, als jene Folgen, die sich in Form von Entlassungen und einem gesunkenen Bruttoinlandsprodukt messen lassen. Bei einem Vergleich der Wachstumsprognosen mit dem realen Wirtschaftswachstum im Jahr 2009 zeigt sich, dass das reale Wachstum in den meisten Entwicklungslän-

dern 2009 deutlich niedriger lag, als erwartet. Dies gilt auch für milde getroffene Länder wie Tansania oder Paraguay. Entgangene Steuereinnahmen, nicht durchgeführte Entwicklungsprojekte, gescheiterte Projektfinanzierungen aufgrund von nicht aufgenommenen Krediten, der Transfer von Geldern in Wirtschaftssubventionen anstelle von Sozialprogrammen: All diese Auswirkungen der Krise werden nie wirklich erfasst werden können, führen aber für viele Menschen zu einer Verschlechterung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

► 6.4 Verborgene Stärken und Schwächen

Die Finanzkrise 2008, die sich – wie eingangs gezeigt – bis zu den Sheanüsse sammelnden Bäuerinnen in Nord-Ghana ausbreiten konnte, hat mit ihren vielen, sehr unterschiedlichen Wirkungen oder auch dem Ausbleiben befürchteter Auswirkungen zahlreiche Stärken und Schwächen von Volkswirtschaften auf der ganzen Welt aufgedeckt. Betrachtet man die Krise unter dem Gesichtspunkt verborgener Stärken und Schwächen zeigt sich, dass die aufgedeckten Schwächen häufiger im Norden, die verborgenen Stärken dagegen häufiger im Süden zu finden sind. Sehr deutlich wird dies bei einer Betrachtung der Banken und ihrer Regulierung: In keinem Entwicklungs- und Schwellenland führte die von den USA ausgehende Finanzkrise zu derart verheerenden Folgen wie in den Ländern Europas, wo viele als sicher geltende Institute über Nacht vor dem Konkurs standen. Indonesien, Paraguay aber auch Brasilien und Indien können dagegen ein gut reguliertes und kontrolliertes Bankenwesen vorweisen, das durch die Krise nicht ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen wurde. Darüber hinaus sanierten Länder wie Indonesien, China, Indien, aber auch Südafrika ihre Staatsfinanzen soweit, dass sie der Abwertung ihrer Währungen Einhalt gebieten, mit Konjunkturmaßnahmen gegen den Einbruch der Wirtschaft

steuern und ihre bereits bestehenden Sozial- und Ernährungsprogramme sogar ausweiten konnten. Eine weitere verborgene Stärke dieser Länder zeigte sich darin, dass die Beziehungen der Entwicklungs- und Schwellenländer untereinander (Süd-Süd Beziehungen) oftmals eine Intensität entwickelt hatten, die ausreicht, Krisen im Norden abzumildern.

Auf der anderen Seite wurden im Norden die verborgenen Schwächen der Landesbanken in Deutschland, des US-amerikanischen Arbeitsmarktes, des irischen und spanischen Immobiliensektors sowie der Konstruktionsprobleme des Euros offenbar. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, gehören Europa und die USA eindeutig zu den größten Verlierern der Krise. Hier entwickelte sich unkontrolliert Misswirtschaft hinter den Spiegelglasfassaden der Banken und Behörden, während sich auf dem Boden der demokratischen Entwicklung, besonders in den lateinamerikanischen Ländern, aber auch in Indonesien, ein gewisses Widerstandspotential gegen externe Schocks gebildet hat. Die Finanzkrise 2008 kann deshalb mit Fug und Recht als eine Krise des Westens bezeichnet werden, die angesichts ihres Ausmaßes das Ende der westlichen Vorherrschaft eingeläutet haben könnte.

7. Was kann ich tun?

Organisationen und Netzwerke, die sich für eine bessere Regulierung der Finanzmärkte einsetzen:

In Deutschland gibt es eine Reihe von Organisationen und Netzwerken, die sich für eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte einsetzen und für die Sie sich auf unterschiedliche Weise engagieren können. Dazu gehören:

• Attac Deutschland

Attac ist die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“. Ausgehend von dieser ursprünglichen Forderung befasst Attac sich inzwischen mit der gesamten Bandbreite an Globalisierungsthemen und setzt sich für eine ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung ein.

Website: <http://www.attac.de/>

• Campact e.V. – Demokratie in Aktion

Campact (Campaign & Action) organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet oder durch Demonstrationen in aktuelle politische Entscheidungen einmischen. Wenn Wirtschaftslobbyisten Gesetze diktieren wollen oder im Bundestag die Meinung der Bevölkerung nicht zählt, ist Campact zur Stelle.

Schnelles Handeln verbindet Campact mit phantasiereichen Aktionen, die Öffentlichkeit herstellen und Druck auf die Entscheidungsträger ausüben: für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Gesellschaft.

Website: <http://www.campact.de>

• Finance Watch

Mit Finance Watch wurde Anfang 2011 eine Organisation gegründet, die sich für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte in Europa einsetzt. Finance Watch erarbeitet Expertisen sowohl zu allgemeinen Themen der Finanzmarktregulierung als auch zu konkreten Gesetzesvorhaben und setzt sich auf EU Ebene für ein transparentes und sicheres Finanzsystem ein, das ein nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht.

Website: <http://www.finance-watch.org>

• Global Policy Forum Europe

Das Global Policy Forum Europe hat es sich zum Ziel gesetzt, die politische Entscheidungsfindung bei den Vereinten Nationen zu überwachen, Rechenschaft für globale Entscheidungen einzufordern, Bürger global zu Partizipation zu ermutigen und auszubil-

den und für internationalen Frieden und Gerechtigkeit einzutreten.

Website:

<http://www.globalpolicy.org/gpf-europe-eu.html>

• Steuer gegen Armut

Die Kampagne „Steuer gegen Armut“ setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein, mit der die Spekulation eingedämmt und Entwicklungsvorhaben finanziert werden sollen.

Website: www.steuer-gegen-armut.org

International ist diese Initiative in das Netzwerk „Make finance work“ integriert

Website: <http://www.makefinancework.org/home/>

• SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

SÜDWIND tritt seit der Gründung im Jahr 1991 dafür ein, wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit durchzusetzen. SÜDWIND deckt ungerechte Strukturen auf, macht diese öffentlich, bietet Handlungsalternativen und will so zu Veränderungen beitragen. Vor allem in Entwicklungsländern leiden viele Menschen unter den Auswirkungen des globalen Wirtschaftssystems. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Reichtum einiger weniger und der Armut vieler Menschen. Hierfür sind ungerechte wirtschaftliche und politische Strukturen verantwortlich. SÜDWIND weist immer wieder nach, dass insbesondere die Politik und die Wirtschaft, aber auch Verbraucherinnen und Verbraucher, eine Mitverantwortung für diese Missstände haben.

Website: <http://www.suedwind-institut.de/>

• WEED

WEED – World Economy, Ecology and Development – ist eine unabhängige Nichtregierungsorganisation, die es sich zum Ziel gesetzt hat, in Deutschland über die Ursachen der weltweiten Armuts- und Umweltprobleme, sowie über wirksame Reform- und Transformationsvorschläge aufzuklären. WEED will die Mitverantwortung der Industrienationen für die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und globale Umweltzerstörung stärker ins Zentrum der Arbeit sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen rücken.

Website: <http://www.weed-online.org/>

7. Was kann ich tun?

Ansprechpartner für die Länder bei der MÖWe (Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen):

• **Amt für MÖWe**

Olpe 35
44135 Dortmund
Postfach 10 10 51
44010 Dortmund
0231-540970
info@moewe-westfalen.de

• **Tansania**

Kirsten Potz
Bethelweg 72
33617 Bielefeld
0521-1443881
kirsten.potz@moewe-westfalen.de

• **Indonesien**

Dietrich Weinbrenner
Mozartstraße 11
58452 Witten
02302-9123-46
dietrich.weinbrenner@moewe-westfalen.de

• **Ungarn**

Thomas Krieger
Olpe 35
44135 Dortmund
Postfach 10 10 51
44010 Dortmund
0231-540977
thomas.krieger@moewe-westfalen.de

• **Paraguay**

Heike Koch
Olpe 35
44135 Dortmund
Postfach 10 10 51
44010 Dortmund
0231-540972
heike.koch@moewe-westfalen.de

Ansprechpartner für die Länder bei VEM (Vereinte Evangelische Mission):

• **VEM**

Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
0202-89004-0
info@vemission.org

• **Tansania**

VEM, Region Afrika
Polisi Kiwawa
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
0202-89004-165
afrika@vemission.org

• **Indonesien**

VEM, Region Asien
Sonia Parera-Hummel
Rudolfstraße 137
42285 Wuppertal
0202-89004-162
asien@vemission.org

7. Was kann ich tun?

Folgende Kirchenkreise der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) haben Partnerschaften zu Kirchen in den untersuchten Ländern:

• **Tansania**

Kirchenkreis Arnsberg
Clemens-Auguststraße 10
59821 Arnsberg
02931-8908-0

Kirchenkreis Gelsenkirchen-Wattenscheid
Pastoratsstraße 10
45879 Gelsenkirchen
0209-1798-0

Kirchenkreis Gladbeck-Bottrop-Dorsten
Humboldtstraße 13
45964 Gladbeck
02043-2793-0

Kirchenkreis Hamm
Martin-Luther-Straße 27 b
59065 Hamm
02381-142-0

Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg
Postfach 1569
58462 Lüdenscheid
02371-795-0

Kirchenkreis Paderborn
Klingenderstraße 13
33100 Paderborn
05251-5002-0

Kirchenkreis Recklinghausen
Limperstraße 15
45657 Recklinghausen
02361-206-0

Kirchenkreis Siegen
Burgstraße 21
57072 Siegen
0271-5004-200

Kirchenkreis Unna
Mozartstraße 18-20
59423 Unna
02303-288-101

Kirchenkreis Wittgenstein
Schlossstraße 23
57319 Bad Berleburg
02751-9241-10

Kirchenkreis Bielefeld
Markgrafenstraße 7
33602 Bielefeld
0521-5837-0

• **Indonesien**

Kirchenkreis Herford
Hansastraße 60
32049 Herford
05221-988-3

Kirchenkreis Lübbecke
Geistwall 32
32312 Lübbecke
05741-2700-0

Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg
Postfach 1569
58462 Lüdenscheid
02371-795-0

Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken
Bohlenstiege 34
48565 Steinfurt
02551-144-0

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Beziehungen von Kirchengemeinden und engagierten Gruppen zu den Ländern Tansania, Indonesien, Ungarn, Paraguay.

8. Glossar

• Armutsquote

Armut ist grundsätzlich definiert als ein Mangelzustand gemessen an der Norm des menschenwürdigen Lebens und hat somit viele Dimensionen. Ein Mangelzustand kann dabei wirtschaftlicher Natur sein (Einkommen, menschenwürdige Arbeit), menschliche Aspekte berücksichtigen (Bildung, Gesundheit), das politische Umfeld beleuchten (Mitwirkungsmöglichkeiten, Rechte), soziokulturelle (Status, Würde) oder sicherheitsrelevante Aspekte (Verwundbarkeit, Risiko) beinhalten.

Bei der quantitativen Erfassung von Armut steht oft der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund, wobei es auch hier Unterschiede in der Messung gibt. Auf der einen Seite ist die grundsätzliche Fähigkeit, eine Zusammenstellung von notwendigen Gütern zu erwerben, maßgeblich für die Quantifizierung von Armut (Warenkorbsätze). Auf der anderen Seite wird von einer Einkommensarmut, gemessen an den monetären Ressourcen, ausgegangen. Dabei kann weiterhin unterschieden werden zwischen relativer Armut (gemessen beispielsweise am durchschnittlichen Einkommen innerhalb eines Landes) und absoluter Armut. In der vorliegenden Studie haben wir vor allem mit den absoluten Armutsdaten der Weltbank gearbeitet, die von einer Grenze bei weniger als 1,25 Dollar am Tag ausgehen. Ausnahmen sind Paraguay und Ungarn, wo ein Warenkorbsatz bzw. die nationale Armutsgrenze verwendet wurde.



• Asienkrise

Finanz-, Währungs- und Wirtschaftskrise Ostasiens der Jahre 1997 und 1998. Sie begann im März 1997 in Thailand und griff auf mehrere asiatische Staaten über. Ursachen waren eine Immobilienblase, ein fragiles Bankensystem und eine schlechte Bankenaufsicht sowie hohe Haushalts- und Handelsbilanzdefizite. Als diese Länder dann aufgrund massiver Kapitalabflüsse gezwungen wurden, ihre Währungen abzuwerten, waren die Auswirkungen auf die Volkswirtschaften verheerend: Importe verteuerten sich immens, und die Unternehmen bekamen für ihre Exporte deutlich weniger in Hartwährungen bezahlt. Arbeitslosigkeit und Armut stiegen in Folge der Krise steil an.

• Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Gibt an, wie viele Waren und Dienstleistungen in einer Nation in einem bestimmten Zeitraum (in der Regel ein Jahr) produziert wurden. Das BIP ist eine der wichtigsten ökonomischen Kennziffern.

• Devisenreserven

Von einer Zentralbank in ausländischer Währung gehaltene Mittel. Teil der Währungsreserven, die der Gestaltung von Währungspolitik (also Devisenmarktinterventionen zur Einflussnahme auf den Wechselkurs) und der Finanzierung von Außenhandelsdefiziten (Importüberschüssen) dienen. Währungsreserven entstehen durch Leistungsbilanzüberschüsse eines Staates oder einheitlichen Währungsraumes.

• Direktinvestitionen

Zu den Direktinvestitionen zählen „Greenfield“ Investitionen, mit denen ein Unternehmen im Ausland eine Niederlassung oder Tochtergesellschaft neu gründet und entsprechende Betriebe aufbaut oder Rohstoffvorkommen erschließt, sowie Übernahmen und Zusammenschlüsse von Unternehmen (Merger and Aquisitions). Hier kauft ein Unternehmen schon bestehende Firmen mit ihren Produktionsstätten ganz oder in Teilen auf, die damit ihre Tochtergesellschaft wird. Anders als bei Portfolioinvestitionen ist mit Direktinvestitionen bei den „Greenfield“ Investitionen eine konkrete wirtschaftliche Aktivität verbunden; Niederlassungen werden gegründet, Fabriken gebaut, Minen erschlossen.

• Gini Index

Der Gini Index (auch: Gini Koeffizient) ist ein statistisches Maß, mit dem Ungleichverteilungen dargestellt werden. Angewendet wird der Gini Koeffizient daher häufig, um die Ungleichverteilung von Einkommen bzw. Vermögen zu beschreiben. Dabei bewegt sich der Indexwert zwischen 0 (entspricht einer Gleichverteilung)

8. Glossar

lung) und 100 (vollkommene Ungleichverteilung). In Deutschland lag der Gini Index im Jahr 2000 bei 28,3.

• Informelle Arbeit (oder auch: Beschäftigung)

Informelle Arbeit ist die arbeits-, sozial- und tarifrechtlich ungeschützte Arbeit. Sie hat sich seit den 1970er Jahren insbesondere in Entwicklungsländern, aber auch in den westlichen Industrieländern und Osteuropa rapide ausgebreitet. In den 1990er Jahren sind z.B. 90 % aller neuen Jobs in Afrika im informellen Sektor entstanden. Ein Viertel der Welterwerbsbevölkerung arbeitet heute informell, d.h. 750 Millionen Menschen.

• IWF (Internationaler Währungsfonds)

Der IWF wurde 1944 gegründet, um Staaten bei akuten Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig aus der Not zu helfen. Inzwischen haben fast alle Staaten Anteile am IWF. Bei allen wichtigen Entscheidungen ist jedoch zu beachten, dass sich die Stimmrechte am Anteil der jeweiligen Staaten an den Einlagen orientieren. Zukünftig soll er auch eine Regulierungsfunktion für Finanzmärkte übernehmen.

• Kapitalmarktzinsen

Der Marktzins ist der für die jeweilige Laufzeit, Währung und Bonität gezahlte/erhaltene Zins auf den Geld- und Kapitalmärkten (man spricht daher auch von Geldmarktzins und Kapitalmarktzins). Es gibt also nicht einen Marktzins, sondern viele Marktzinssätze, die sich nach der Laufzeit und dem Handelssegment richten.

• Konditionierte Transferzahlungen

Konditionierte Transferzahlungen sind beitragsfreie und einkommensabhängige Geldleistungen an arme Haushalte, wie in Deutschland das Arbeitslosengeld II. Das Besondere an konditionierten Transferzahlungen ist, dass diese an die Erfüllung bestimmter Pflichten in Bezug auf die menschliche Entwicklung und die Armutsverringerung gebunden sind. Zu den Bedingungen in Entwicklungsländern zählen häufig der Schulbesuch der Kinder oder die Teilnahme an Gesundheitsprogrammen.

• Notenbank (auch: Zentralbank)

Eine für die Geld- und Währungspolitik eines Währungsraums oder Staates zuständige Institution. In entwickelten Staaten ist das Hauptziel der Notenbanken die Preisniveau- und Geldwertstabilität. Eine Notenbank hält die Währungsreserve eines Währungsraumes, refinanziert Geschäftsbanken und den Staat. Notenbanken emittieren Banknoten und bringen diese in Umlauf.

• Portfolioinvestitionen

Anlagen, die in festverzinsliche Wertpapiere, Aktien oder Derivate mit Ursprung in Schwellenländern und Ländern mittleren Einkommens getätigt werden. Portfolioinvestitionen ermöglichen den Unternehmen in diesen Ländern den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Sie können damit über ihre heimischen Börsen durch die Ausgabe von Aktien oder Anleihen große Mengen an Kapital für Investitionen mobilisieren.

• Rücküberweisungen

Mit Rücküberweisungen sind Geldtransferzahlungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer gemeint.

• Sweatshop (auch: Ausbeutungsbetrieb)

Bezeichnung für Fabriken bzw. Manufakturen, üblicherweise in einem Entwicklungsland, in denen Menschen zu Niedrigstlöhnen arbeiten. In derartigen Betrieben gibt es oft keine Tarifverträge, lange Arbeitszeiten und lose/flüchtige Arbeitsverträge, zum Beispiel ohne jeden Kündigungsschutz.

• Transformationsländer

Transformation meint in diesem Zusammenhang den grundlegenden Austausch des politischen Regimes, oft einhergehend mit einer grundsätzlichen Veränderung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Betrachtet werden dabei vor allem diejenigen Länder, die erst nach 1974 (die sogenannte dritte Demokratisierungswelle) den Systemwechsel hin zur Demokratie vollzogen haben. In diese Gruppe fallen auch die ehemaligen Länder des Ostblocks. Transformationsländer sind also diejenigen Länder, die sich in dem (langwierigen und komplexen) Prozess der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Transformation befinden.

• Weltbank

Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“, kurz Weltbank genannt, wurde 1944 zusammen mit dem IWF gegründet. Ähnlich wie beim IWF müssen Anteile erworben werden, um dann ein Mehrfaches dieser Anteile als Kredit anfordern zu können. Auch die Stimmrechte sind ähnlich verteilt. Ein Land kann nur dann Mitglied der Weltbank werden, wenn es auch Mitglied des IWF ist. Die Weltbank ist mittlerweile für viele Entwicklungsländer der mit Abstand größte Kreditgeber.

9. Literaturverzeichnis

- Aikaeli, Jehovaness, 2010: Determinants of Rural Income in Tanzania: An Empirical Approach, REPOA Research Report 10/4, Dar es Salaam, URL: http://www.repoa.or.tz/documents_storage/Publications/10_4.pdf (letzter Abruf: 11.02.2011).
- Amnesty Internacional (Hrsg.), 2009: Comunidad indígena de Paraguay amenazada por desalojo ilegal y atacada con pesticidas, 10.09.2009, o.P., URL: <http://www.amnesty.org/es/news-and-updates/paraguay-indigenous-community-threatened-illegal-eviction-and-pesticide-attack-2> (letzter Abruf: 17.02.2011).
- Angulile, Michael, 2011: Interview im Februar 2011.
- BBC (Hrsg.), 2011: Paraguay country profile, 26.01.2011, o.P., URL: http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/country_profiles/1222081.stm (letzter Abruf: 17.02.2011).
- Bethge, Dr. Antje, 2011: Interview im Februar 2011.
- Blas, Javier, 2009: Nations barter for food amid credit crisis, in: Financial Times, 27.01.2009, o.P., URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/ec657d3e-ec12-11dd-8838-0000779fd2ac.html#axzz1Cp1ttS9c> (letzter Abruf: 03.02.2011).
- Borda, Dionisio, 2009: Paraguay. Efectos macroeconómicos e impacto social de la crisis global, Asunción, Secretaría General de Iberoamericana, URL: http://www.segib.org/upload/File/Dionisio_Borda.pdf (letzter Abruf: 11.02.2011).
- BoT [Bank of Tanzania] (Hrsg.), 2009: Annual Report 2008–2009, Dar es Salaam, URL: http://www.bot-tz.org/Publications/EconomicAndOperationsAnnualReports/June_2009.pdf (letzter Abruf: 11.02.2011).
- BoT (Hrsg.), 2010: Monthly Economic Review. October 2010, Dar es Salaam, URL: http://www.bot-tz.org/Publications/MonthlyEconomicReviews/MER_Oct_2010.pdf (letzter Abruf: 14.02.2011).
- Buschmann, Regine, 2011: Interview im Februar 2011.
- CADEP (Hrsg.), 2009: Informe Económico Fiscal Año 2009. Documento de Trabajo, URL: <http://www.cadep.org.py/V3/uploads/2010/06/InformeEconFiscal-2009.pdf> (letzter Abruf: 17.02.2011).
- CEPAL-OFIP (Hrsg.), 2009: Informe económico fiscal 2009, Asunción, URL: http://www.cadep.org.py/V3/uploads/2010/06/Informe_Econ_Fiscal_2009.pdf (letzter Abruf: 21.02.2011).
- CEPAL (Hrsg.), 2009: Panorama social de América Latina 2009, URL: <http://www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/9/37839/P37839.xml&xsl=/dds/tpl/p9f.xsl&base=/tpl/top-bottom.xslt> (letzter Abruf: 17.02.2011).
- CEPAL (Hrsg.), 2010: Estudio Económico de América Latina y El Caribe 2009–2010. Impacto distributivo de las políticas públicas, Santiago de Chile, URL: <http://www.eclac.org/publicaciones/xml/3/40253/2010-636-EEE-WEB.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- CIA (Hrsg.): The World Fact Book, o.P., URL: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-fact-book/> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- Dempsey, Judy, 2007: Hungary Coalition Stays the Austerity Course, in: The New York Times, 11.03.2007, o.P., URL: http://www.nytimes.com/2007/03/11/world/europe/11hungary.html?_r=1 (letzter Abruf: 10.02.2011).
- Djaja, Komara, 2008: Impact of the Global Financial and Economic Crisis on Indonesia. A Rapid Assessment, ILO, URL: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/meetingdocument/wcms_101594.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).
- EJN (Hrsg.), 2009: The Social Impact of the Global Financial Crisis on the SADC Region, Cape Town.
- Escrutt, Thomas, 2009: Roma bear brunt of Hungary's downturn, in: Financial Times UK, 20.02.2009, o.P., URL: <http://www.ft.com/cms/s/0/c1c1d546-feaf-11dd-b19a-000077b07658.html#axzz1DY7tUUq9> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- ESRF (Hrsg.), 2009: Incentive Package for Foreign Direct Investment (FDI) In Tanzania, in: TAKNET Policy Brief Series No. 03/2009, URL: http://www.taknet.or.tz/topics/FDI_LIVELIHOOD.PDF (letzter Abruf: 11.02.2011).
- European Commission, 2010: Hungary. On its way towards a sustainable growth path?, in: European Economic Forecast. Spring 2010, S. 114–116, Luxembourg, URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2010/pdf/ee-2010-2_en.pdf (letzter Abruf: 15.02.2011).
- Evans, Alison, 2001: Institutionalising the PRSP approach in Tanzania. PRSP Institutionalisation Study: Final Report: Chapter 9, URL: www.odi.org.uk/pppg/publications/papers_reports/spa/ch9tanzania.pdf (letzter Abruf: 11.02.2011).
- Farkas, Péter, 2010: Hungary: Worsening Social Circumstances and Exclusion in Hungary, in: Social Watch (Hrsg.), Time for Action. Responding to Poverty, Social Exclusion and Inequality in Europe and Beyond, European Social Watch Report 2010, URL: http://www.socialwatch.org/sites/default/files/European_SW_Report_2010-eng.pdf (letzter Abruf: 10.02.2011).
- FAZ.net, 2008: Ungarn bekommt 20-Milliarden-Kredit, 29.08.2008, o.P., URL: <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E1EFBBEBA511F48DE87C142F39BBCF70A~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- GoT [Government of Tanzania] (Hrsg.), 2010: National Strategy for Growth and Reduction of Poverty II – NS-GRP II, URL: <http://www.tzonline.org/pdf/mkukutall-draft.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).

9. Literaturverzeichnis

- GTai (Hrsg.), 2010a: Wirtschaftsdaten kompakt: Ungarn, URL: http://www.gtai.de/ext/anlagen/PubAnlage_7719.pdf (letzter Abruf: 10.02.2011).
- GTai (Hrsg.), 2010b: Wirtschaftsentwicklung Paraguay 2009, Bonn, URL: <http://www.gtai.de/DE/Content/SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument.html?file=MKT201010088010> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- GTai [Germany Trade and Invest] (Hrsg.), 2011: In Ungarn nimmt Kritik an Gewinntransfers ins Ausland zu, 17.01.2011, o.P., URL: <http://www.gtai.de/ext/Einzelsicht-Export/DE/Content/SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templateId=renderPrint/MKT201101148003.pdf> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- Hanisch, Rolf, 2001: Indonesien, Electronic ed., o.P., URL: <http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01038.htm> (letzter Abruf: 14.02.2011).
- Hassel, Florian, 2009: Ungarn: Ende der kommunistischen Komfortzone, in: Welt Online, 08.04.2009, o.P., URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article3528087/Ende-der-kommunistischen-Komfortzone.html> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- Horn, Zoe Elena, 2009: No cushion to Fall Back On. The Global Economic Crisis and Informal Workers. Inclusive Cities Study, URL: http://www.inclusivecities.org/pdfs/GEC_Study.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).
- Huthmacher, Heinz A., 2009: Die ungarische Regierung am Abgrund – politische und wirtschaftliche Krisen 2008, FES, Nachrichten aus Ungarn, URL: <http://www.fesbp.hu/common/pdf/DieUngarische.pdf> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- IHK Ulm (Hrsg.): Ungarn auf einen Blick, o.P., URL: http://www.ulm.ihk24.de/international/Kompetenzzentrum/Laenderinformationen/Ungarn/Wirtschaft_Ungarn_/684930/Ungarn_auf_einen_Blick.html (letzter Abruf: 10.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2008: World Economic Outlook. April 2008, Washington, D.C., URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/01/pdf/text.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2009a: Implications of the Global Financial Crisis for Low Income Countries, Washington, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/globalfin/globalfin.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2009b: The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries - An Update, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/globalfin/globalfin.pdf> (letzter Abruf: 03.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2009c: Tanzania. The Story of an African Transition, Washington, D.C., URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/books/2009/tanzania/tanzania.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2010a: United Republic of Tanzania: First Review Under the Policy Support Instrument and Request for Modification of Assessment Criteria-Staff Report, IMF Country Report No. 10/351, Washington, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2010/cr10351.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2010b: Statement by an IMF Mission to Paraguay, Press Release No. 10/163, 20.04.2010, o.P., URL: <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10163.htm> (letzter Abruf: 17.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2010c: World Economic Outlook (WEO). Recovery, Risk, and Rebalancing, Washington, URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/pdf/text.pdf> (letzter Abruf: 14.02.2011).
- IMF (Hrsg.), 2010d: World Economic Database. October 2010, URL: http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2010/02/weodata/weorept.aspx?pr.x=19&pr.y=8&sy=1990&ey=2015&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&c=288,738,944,536&s=GGXWDN,GGXWDN_NGDP,GGXWDG,GGXWDG_NGDP&grp=0&a=#download (letzter Abruf: 17.02.2011).
- Inwent (Hrsg.): Indonesien. Wirtschaft und Entwicklung, o.P., URL: <http://liportal.inwent.org/indonesien/wirtschaft-entwicklung.html> (letzter Abruf: 03.02.2011).
- ITD Hungary (Hrsg.), 2010: Hungary: Business Brief, Budapest, URL: http://www.itdh.com/resource.aspx?ResourceID=itdh_businessbrief2010apr (letzter Abruf: 17.02.2011).
- Koczy, Ute, 2010: Uranabbau in Tansania – Bevölkerung ohne Information über Pläne und Risiken. Reisebericht von Ute Koczy MdB und Prof. Egon Jüttner MdB, 8. – 14. August 2010, o.P., URL: http://www.ute-koczy.de/cms/default/dok/357/357788.uranabbau_in_tansania_bevoelkerung_ohne.html (letzter Abruf: 15.02.2011).
- Kritzer, Adam, 2010: Hungarian Forint Touches Record Low, in: Forexblog.org, 19.09.2010, o.P., URL: <http://www.forexblog.org/2010/09/hungarian-forint-touches-record-low.html> (letzter Abruf: 10.02.2011).
- Losonczi, Miklós, 2009: Zur Finanz- und Wirtschaftskrise in Ungarn, FES Ungarn, URL: <http://www.fesbp.hu/common/pdf/LosoncziLagebild.pdf> (letzter Abruf: 10.02.2011).

9. Literaturverzeichnis

McCormick, Liz Capo / Mnyanda, Lukanyo, 2010: Hungarians Unwind Mortgages as Swiss Franc Hits Record High, o.P., Bloomberg, 27.09.2010, URL: <http://www.bloomberg.com/news/2010-09-26/franc-reaching-dollar-record-means-hungarians-unwind-mortgages.html> (letzter Abruf: 10.02.2011).

Molnár, János, 2011: Interview im Januar 2011.

ODI (Hrsg.), 2010a: Global Financial Crisis Discussion Series. Paper 20: Tanzania Phase 2, London, URL: <http://www.odi.org.uk/resources/download/4738.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2011).

ODI (Hrsg.), 2010b: The global financial crisis and developing countries. Phase 2 synthesis, ODI Working Papers 316, London, URL: <http://www.odi.org.uk/resources/download/4784.pdf> (letzter Abruf: 14.02.2011).

OECD (Hrsg.), 2010a: African Economic Outlook 2010. Tanzania, URL: <http://www.africaneconomicoutlook.org/en/countries/east-africa/tanzania/> (letzter Abruf: 11.02.2011).

OECD (Hrsg.), 2010b: Country statistical profile: Hungary. Country statistical profiles: Key tables from OECD, o.P., URL: <http://dx.doi.org/10.1787/20752288-2010-table-hun> (letzter Abruf: 15.02.2011).

OECD (Hrsg.), 2010c: Development aid rose in 2009 and most donors will meet 2010 aid targets, 14.04.2010, o.P., URL: http://www.oecd.org/document/11/0,3343,en_2649_34487_44981579_1_1_1,00.html (letzter Abruf: 03.02.2011).

OECD (Hrsg.): Data. Paraguay, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/23/41/1882845.gif> (letzter Abruf: 17.02.2011).

Österreichische Nationalbank (Hrsg.), 2008: Konjunktur aktuell. Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage, URL: http://www.oenb.at/de/img/konjunktur_aktuell-april_2008_tcm14-94728.pdf (letzter Abruf: 10.02.2011).

Oxfam GB (Hrsg.), 2010: The real story behind the numbers. The impact of the global economic crisis 2008–2009 on Indonesia's women workers. Oxfam Research Report 2010. URL: http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/rr_gec_impact_on_indonesia_050110.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).

Oxfam GB/Australia (Hrsg.), 2010: The Global Economic Crisis and Developing Countries. Oxfam Research Report, URL: http://www.oxfam.org.uk/resources/policy/economic_crisis/downloads/rr_gec_and_developing_countries_full_en_260510.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).

Pester Lloyd (Hrsg.), 2010: Ungarische Regierung legt radikales Wirtschafts- und Steuerprogramm vor, Pester Lloyd 23/2010, o.P., URL: http://www.pestertloyd.net/2010_23/23newdeal/23newdeal.html (10.02.2011).

Schneeweiß, Antje, 2010: Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? Die Ursachen der Finanzmarktkrise im Norden und ihre Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer, SÜDWIND Edition: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen, Bd. 9, Siegburg, URL: http://www.suedwind-institut.de/downloads/2010-04_SW_AS_Finanzkrise_und_Entwicklung.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).

Seidel, Hagen, 2010: Schuldenstaat. Ungarn verschreckt Konzerne mit Krisensteuer, in: Welt Online, 22.10.2010, o.P., URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article10472878/Ungarn-verschreckt-Konzerne-mit-Krisensteuer.html> (letzter Abruf: 10.02.2011).

Siow Yue Chia, 2010: Regional Trade Policy Cooperation and Architecture in East Asia, URL: http://www.eaber.org/intranet/documents/22/2175/ADB_Yue_Chia_2010.pdf (letzter Abruf: 03.02.2011).

The Citizen (Hrsg.), 2010: Mining Law Amendment 'Inadequate'. 19.04.2010, o.P., Dar es Salaam, URL: <http://allafrica.com/stories/201004190472.html> (letzter Abruf: 11.02.2011).

UNDP, 2010: Human Development Report. Country Profiles and International Human Development Indicators, o.P., URL: <http://hdr.undp.org/en/countries/> (letzter Abruf: 15.02.2011).

UNStats, 2010: Millenium Indicators. Births attended by skilled health personnel, percentage, o.P., URL: <http://unstats.un.org/unsd/mdg/SeriesDetail.aspx?srid=570&crd=> (letzter Abruf: 15.02.2011).

Widihandojo, David, 2011: Interview im Januar 2011.

World Bank (Hrsg.), 2009: Indonesia Economic quarterly. Weathering the Storm, URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTINDONESIA/Resources/Publication/280016-1235115695188/5847179-1243851359474/6164739-1243851879653/Full.Report.en.pdf> (letzter Abruf: 03.02.2011).

World Bank (Hrsg.), 2010: Outlook for Remittance Flows 2011-12. Recovery after the crisis, but risks lie ahead, Migration and Development Brief 13, URL: <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1110315015165/MigrationAndDevelopmentBrief13.pdf> (letzter Abruf: 03.02.2011).

World Bank (Hrsg.): The World Bank. Open Data, o.P., URL: <http://data.worldbank.org/> (letzter Abruf: 14.02.2011).

Zsugyel, Dr. Jónás, 2011: Interview im Januar 2011.

Bitte schicken Sie mir:

- ☐ Antje Schneeweiß: „Wer spannt den Rettungsschirm für die Armen? Die Ursachen der Finanzmarktkrise im Norden und ihre Auswirkungen auf Entwicklungs- und Schwellenländer.“, 5 Euro, Siegburg 2010.
- ☐ Irene Knoke: „Wer soll das bezahlen? Klimakrise. Nahrungsmittelkrise. Finanzmarktkrise.“, 5 Euro, Siegburg 2010.
- ☐ Wolfgang Kessler und Antje Schneeweiß: „Geld und Gewissen. Was wir gegen den Crash tun können.“, 16,90 Euro, Oberursel 2010.

- ☐ Exemplare des aktuellen Faltblatts
- ☐ Jahresbericht 2010
- ☐ Informationen zur SÜDWIND-Stiftung
- ☐ Eine aktuelle Publikationsliste
- ☐ Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den vier Mal jährlich erscheinenden Newsletter.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Zur Unterstützung des Vereins entstand im Jahr 2007 die „SÜDWIND-Stiftung für internationale soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit“. Diese legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

☐ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Name/Vorname

Ggf. Institution

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon (freiwillige Angabe) WC 13005

Beitragszahlung

Ein Lastschrifteinzug ist ein sicherer Weg, uns zu unterstützen. Sie helfen uns damit auch, Verwaltungskosten zu sparen.

- ☐ Lastschrifteinzug ☐ Überweisung ☐ Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

- ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für **Privatpersonen** jährlich 70 €.

- ☐ 70 ☐ 100 ☐ 140 ☐ 210 anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für **Institutionen** jährlich 250 €.

- ☐ 250 ☐ 500 anderer Beitrag

Bankverbindung

Bank

Kontonummer

Bankleitzahl

Kontoinhaber

Datum/Unterschrift

Spenden vermindern das zu versteuernde Einkommen. SÜDWIND e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, so dass Privatpersonen bis zu zwanzig Prozent Ihres zu versteuernden Einkommens beim Finanzamt geltend machen können. Hierzu erhalten sie automatisch eine Jahresspendenbescheinigung zum Jahresbeginn.

☐ Nein, ich möchte keine Spendenquittung erhalten!

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

SÜDWIND e.V. Tel.: +49 (0) 22 41-53 617 Bankverbindung:
Lindenstraße 58–60 Fax: +49 (0) 22 41-51 308 KD-Bank
D-53721 Siegburg info@suedwind-institut.de Konto 99 88 77
www.suedwind-institut.de BLZ 350 601 90

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Im Schatten der Krise

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn

Ende 2008 brach über die Welt eine Finanz- und Wirtschaftskrise hinein, die in ihrem Ausmaß nur mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1930er Jahre zu vergleichen ist. Scheinbar sichere Investitionen verloren innerhalb weniger Wochen einen Großteil ihres Wertes und so sicher geglaubte Institutionen wie die Investmentbank Lehman Brothers aber auch die Hypothekenbank Depfa oder die deutsche IKB gerieten gefährlich ins Wanken. Die Krise deckte auf, wie anfällig selbst die solidesten Institutionen der westlichen Finanzwelt durch eine Jahrzehnte lange Aushöhlung der staatlichen Regulierung und Kontrolle geworden waren. Der vorliegende Band zeigt die vielschichtigen Aspekte der Auswirkungen der Finanzkrise auf Entwicklungs- und Schwellenländer an Hand der vier Länderbeispielen zu Indonesien, Paraguay, Tansania und Ungarn auf.

Die Finanzkrise warf einen langen Schatten auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Besonders die Verknappung und Verteuerung der Kredite breitete sich in allen Ländern, die in dieser Broschüre untersucht werden, aus. In Indonesien verursachte sie zudem die Verarmung tausender Menschen, die von der Exportindustrie abhängen. Der Einbruch der Nachfrage im Westen wirkte sich in diesem Land in Form von Entlassungen und geringeren Löhnen bei schlechteren Ar-

beitsbedingen aus. Auch in Ungarn führte die Krise zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsteile. Hier hatten ausländische Banken massenhaft Fremdwährungskredite vergeben, die mit der Abwertung des Forint für die Hypothekenschuldner plötzlich viel teurer wurden als erwartet.

Für Millionen von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern brachte die Finanzkrise existenzielle Not. Andererseits wurde aber auch deutlich, dass viele dieser Länder bisher unerkannte Stärken besitzen. So war das Bankensystem in allen drei untersuchten Entwicklungsländern stabiler und besser reguliert als in den USA und Europa. Auch die Staatsfinanzen waren solide. So konnte Indonesien ein Konjunkturprogramm auflegen und Sozialprogramme in Indonesien und Paraguay halfen, die Not der in extremer Armut lebenden Bevölkerung zu lindern.

Bezug:

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Preis: 5,00 Euro

Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.

Lindenstraße 58–60
D-53721 Siegburg

Tel.: +49 (0) 22 41-53 617
Fax: +49 (0) 22 41-51 308
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:
KD-Bank
Konto 99 88 77
BLZ 350 601 90

